AV
UPLICATE
R LIBRARY
LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

027 / HEFT 49 BERLIN, DEN 7. DEZEMBER 30 PFENNI

WOCHENSCHRIFT
ES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

er polnisch-litauische Konflikt / Nach dem Kongreß der Freunde de
wjetunion / Hermann Remmele: Die Organisierung der „IV. Internationale
. Varga: Auslandsanleihen und Reparationsfrage / Al. Badulesku: Der Kamp
um die Macht in Rumänien / Bücher- und Zeitschriftenschau

HARVARD TRUP
1948

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, BERLIN. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 49 7. DEZEMBER

I N H A L T

	Seite
Der polnisch-litauische Konflikt	2387
Nach dem Kongreß der Freunde der Sowjetunion	2394
Remmele: Die Organisierung der „IV Internationale"	2399
Bennet: Die Kommunistische Partei Frankreichs und die parlamentarischen Traditionen	2404
Varga: Auslandsanleihen und Reparationsfrage	2408
Luhani: Die jüngste Entwicklung der politischen Lage Indiens	2415
Badulesku: Der Kampf um die Macht in Rumänien	2424
Sonter: „Dollar-Diplomatie"	2431

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteuren entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DUPLICATE
HOOVER LIBRARY

PROPERTY OF HOOVER LIBRARY

DER POLNISCH-LITAUISCHE KONFLIKT

In dem Augenblick, wo die Grundlinien des Kampfes zwischen den feindlichen Lagern der imperialistischen Großmächte immer plastischer hervorzutreten beginnen, wo die Vorbereitungen für den Feldzug der Weltbourgeoisie gegen die Sowjetunion unausgesetzt durchgeführt werden, reift an der polnisch-litauischen Grenze ein Konflikt heran, der sich mit unerbittlicher Logik und Schnelligkeit zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen dem faschistischen Polen und dem faschistischen Litauen entwickelt. Man braucht sich bloß einen Augenblick lang die geographische Lage Litauens zwischen der Sowjetunion, Polen, Deutschland und dem Baltikum vorzustellen, um sich des ganzen Ernstes der politischen und wirtschaftlichen Folgen bewußt zu werden, die ein polnisch-litauischer Krieg und eine in diesem Falle unvermeidliche Okkupation Litauens durch Polen nach sich ziehen können. Unter solchen Umständen könnte ein Zusammenstoß zwischen Polen und Litauen als Signal für ein neues imperialistisches Gemetzel dienen.

Die Wurzeln des polnisch-litauischen Konfliktes reichen bis in das Ende des Jahres 1920, bis in jene Periode zurück, die dem Abschluß des Rigaer Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und Polen vorausging. Die Entstehung dieses Konfliktes enthält soviele interessante Momente, die die elende Lage der kleinen bürgerlichen Staaten in der Epoche des Imperialismus deutlich kennzeichnen, daß es sich verlohnt, sich mit der Frage der Entstehung des polnisch-litauischen Antagonismus etwas eingehender zu beschäftigen. Als im September 1920 die Truppen der Roten Armee das Wilna-Gebiet evakuieren mußten, wurde dieses ganze Gebiet einschließlich der Stadt Wilna von litauischen Truppen besetzt und damit Litauen einverleibt. Der Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen, der am 7. Oktober 1920 in Suwalki abgeschlossen wurde, brachte das Wilna-Gebiet zu Litauen. Dieser Waffenstillstand war aber nicht nach dem Geschmacke der polnischen Militärs, die in einem Verzicht auf das Wilna-Gebiet gleichzeitig einen Verzicht auf die Ideen erblickten, die Pilsudski im Jahre 1919 in seinem bekannten Aufruf an die Einwohner des „Litauischen Großfürstentums" verkündet hatte.

Ein Ausweg aus der Lage war sehr bald gefunden. Am 10. Oktober 1920 „rebellierte" der die litauisch-weißrussische Division der polnischen Armee kommandierende General Zeligowski (mit Wissen und Einverständnis Pilsudskis und der Großmächte) gegen seine legale Obrigkeit (d. h. gegen Pilsudski) und besetzte auf „eigenes Risiko und eigene Gefahr" das Wilna-Gebiet, um daraus einen „unabhängigen" Staat unter dem Namen „Mittleres Litauen" zu bilden. Das von den Truppen General Zeligowskis besetzte Territorium wurde bald der Zufluchtsort der weißgardistischen Banden Sawinkows, Bulak-Balachowitschs und der Waffenplatz für die Vorbereitung bewaffneter Vorstöße gegen das Territorium der Sowjetunion, die im Dezember 1920 mit Polen einen Waffenstillstand abgeschlossen hatte.

Nach einigen Monaten beschloß der Völkerbundsrat, im Wilna-Gebiet ein Plebiszit durchzuführen, um die Frage der staatlichen Zugehörigkeit dieses Territoriums zu entscheiden. Ueber den Rahmen eines „Beschlusses" kam die Sache jedoch nicht hinaus, und am 20. Februar 1922 votierte der unter dem Druck der polnischen Bajonette und unter Boykott der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung einberufene Sejm des „Mittleren Litauens" den Anschluß dieses Gebiets an Polen; die polnische Regierung nahm dies selbstverständlich „zur Kenntnis und als Richtschnur", und das Wilna-Gebiet wurde ein Teil des polnischen Staates. Der Botschafterrat sanktionierte am 20. April 1923 diesen groben Gewaltakt der polnischen Soldateska, und seitdem besteht zwischen Polen und Litauen ein permanenter Konflikt, der bald erlischt, bald aber mit neuer Kraft emporflammt, den Osten Europas mit unheilkündendem Licht erhellend. Die durch den Maiumsturz 1926 aufgerichtete Herrschaft Pilsudskis war auch durch die Erneuerung der gesteigerten Versuche gekennzeichnet, Litauen in die polnische Einflußsphäre hineinzuziehen, um die Pläne der Pilsudski-Clique zu verwirklichen, die von einer Föderation Polens mit dem „freien" Litauen, mit Weißrußland und der Ukraine, „von Meer zu Meer" träumt.

Zu diesem Zwecke wurde eine Reihe von Manifestationen inszeniert, die der ganzen Welt die Festigkeit der Bande dartun sollten, die Litauen und Polen umschlingen. So veranstaltete die polnische Regierung im Mai dieses Jahres die feierliche Bestattung eines Veteranen der litauischen Nationalbewegung im Wilna-Gebiet, Bassanowitschius; zu dieser Beerdigung waren auch einige Politiker aus dem Kownoer Litauen geladen worden. — Im Juni traf in Polen der Kownoer Professor Albin Gerbatschewski ein, der über die kulturelle Verwandtschaft zwischen Polen und Litauen langatmige Reden vom Stapel ließ und sich offenbar der Pflichten eines unverantwortlichen „Bindegliedes" zwischen der polnischen Regierung und der polonophilen litauischen Kreise entledigte. Anfang Juli erfolgte die feierliche Einweihung des „wundertätigen" Heiligenbildes der Wilnaer „ostrobramischen" Mutter Gottes; für die Zeit der Feier hatte die polnische Regierung die ungehinderte Einreise der Wallfahrer aus dem Kownoer Litauen in das polnische Gebiet freigegeben. Dieser ganze „szenarische" Teil wurde von enthusiastischen Beteuerungen der polnischen Presse begleitet, die nicht oft genug wiederholen konnte, daß „Litauen noch zurückkehren werde", wie es schon einmal unter dem Einfluß des Moskauer Druckes im „16. Jahrhundert in den Schoß des Jagellonen-Polens zurückgekehrt sei". Hier muß bemerkt werden, daß gleichzeitig mit diesem „dekorativen" Teil der polnisch-litauischen „Annäherung" auch geheime Verhandlungen mit der litauischen Regierung und mit den Vertretern aller litauischen Parteien unter unmittelbarer Leitung Pilsudskis selbst und unter „freundschaftlicher" Beteiligung der Gesandten der Großmächte in Warschau gepflogen wurden. Der Druck der „Großmächte", in erster Linie Englands und Frankreichs, auf Litauen, um es einer „Annäherung" an Polen geneigt zu machen, erfolgte unter unausgesetztem Säbelrasseln seitens Polens, das unabhängig von den „friedlichen" Einwirkungsmethoden an der Grenze mit Litauen ununterbrochen verdächtige Truppenverschiebungen durchführte. Ende September dieses Jahres zeigte sich das Fiasko der polnischen Bestrebungen

in bezug auf eine „Annäherung" an Litauen auf „friedlichem" Wege. Der Stein des Anstoßes war auch dieses Mal die Wilna-Frage, die von der faschistischen Regierung Litauens in besonders scharfer Form angeschnitten wurde. Die Regierung Woldemaras hatte den Entwurf einer Abänderung der litauischen Verfassung ausgearbeitet, die für die Befestigung der faschistischen Diktatur einen Schritt vorwärts bedeutete und einige Punkte enthielt, die gegen Polen gerichtet waren. Ein solcher Punkt ist Artikel 4 des Entwurfes, der eine Veränderung der Grenzen des litauischen Staates auf andere Weise als durch einen Volksentscheid verbietet, ebenso wie die Ergänzung zu diesem Artikel, die als Hauptstadt Litauens Wilna bezeichnet und die Verlegung der Hauptstadt an einen anderen Ort nur auf Grund eines speziellen Gesetzes zuläßt. Artikel 4 des Verfassungsentwurfes, der die Ansprüche Litauens auf das jetzt dem Bestande des polnischen Staates angehörende Territorium deklariert, gab der Regierung Pilsudskis die Möglichkeit, eine litauenfeindliche Kampagne einzuleiten. Als Antwort auf eine angebliche Verfolgung der Polen in Litauen regnete es Repressalien gegen die in Polen lebenden Litauer. Im Laufe von zwei Tagen — 4. und 5. September — wurden in Polen einige Dutzend litauische Schulen geschlossen und eine Reihe litauischer prominenter Persönlichkeiten verhaftet. In Wilna fanden antilitauische Demonstrationen statt, die von den Pilsudski-Anhängern inszeniert wurden und der ganzen Welt jene „nationale Einheitsfront" zeigen sollten, die in Polen in bezug auf die Wilna-Frage besteht. Die polnische Presse entfaltete eine wüste Kampagne gegen Litauen, indem sie unter dem Vorwande eines Kampfes . . . gegen den deutschen Agenten Woldemaras die offene Auseinandersetzung mit Litauen forderte. Der polnisch-litauische Konflikt ist damit in ein Stadium getreten, wo jeder Tag den Versuch Pilsudskis bringen kann, den Knoten der polnisch-litauischen Beziehungen mit dem Schwerte durchzuhauen.

Im gegenwärtigen Augenblick ist es schwer zu übersehen, in welcher Weise die Okkupation Litauens durch Polen technisch durchgeführt werden wird. Neben der Möglichkeit einer unmittelbaren Okkupation Litauens durch ein bis zwei Divisionen der polnischen Armee ist auch eine andere Möglichkeit der Verwirklichung der polnischen Pläne durch Sprengung von innen her nicht ausgeschlossen, ein Plan, der zum Sturze der Regierung Woldemaras führen und den Weg für eine polnisch-litauische Annäherung frei machen wird. Die Möglichkeit dieses zweiten Weges wird durch die Nachrichten bestätigt, die wir über den Kongreß der litauischen Emigration besitzen, der in Riga am 5. November dieses Jahres stattgefunden hat. Auf dem Kongreß in Riga, der auf Initiative des „Komitees zur Verteidigung der Republik" zu dem Zwecke einberufen wurde, die Bestrebungen der litauischen Emigration zum Sturze der faschistischen Regierung Woldemaras zu vereinigen, waren alle Zentren der litauischen Emigration vertreten: Polen, Lettland, Ostpreußen. Die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer waren Sozialdemokraten und Laudinniki. Die ersten Kundgebungen der Organisatoren des Kongresses, der Sozialdemokraten Pletschkaitis und Poplauskas (die, beiläufig, aus Wilna eingetroffen waren), und ebenso die vom sozialdemokratischen Kongreßteilnehmer Wikonis gemachten Enthüllungen zeigten mit einem Male das wahre Gesicht des Kongresses, der unter regster

Anteilnahme des polnischen Gesandten in Riga, Lukassewitsch, organisiert wurde. Der Letztere bot sogar den litauischen Sozialdemokraten die (moralische und materielle) Hilfe der polnischen Regierung an für den Fall, daß sie die Verpflichtung auf sich nähmen, die polnisch-litauischen Beziehungen nach dem Umsturz zu „regulieren". Die Enthüllungen Wikonis führten auf dem Kongreß zu einer Spaltung, die zur Folge hatte, daß die zu den Laudinniki gehörende Minderheit der Delegierten, die sich nicht zum Instrument des polnischen Imperialismus machen lassen wollten, den Kongreß verließ. Die Kongreßmehrheit, die aus Sozialdemokraten unter Führung der offenkundigen polnischen Agenten Poplauskas und Pletschkaitis bestand, betrat den Weg einer offenen Verständigung mit dem faschistischen Polen, indem sie diesen Schritt durch heuchlerische Resolutionen „über den Kampf" gegen den litauischen Faschismus deckte. Besonders bezeichnend ist die Beteiligung der Vertreter der „polnischen Demokratie" in der Person des Herrn Cisch, eines Mitgliedes der PPS, des Bürgermeisters der Stadt Wilna, des Sejm-Deputierten Polakewitsch (Mitglied der Partei „Wyzwolenje") und des Deputierten Cepljak. Sie alle versicherten einstimmig die Herren Pletschkaitis und Co. der Unterstützung, die ihre Bestrebungen durch die befreundete polnische „Demokratie" finden würde. Die Kommentare der Warschauer Presse zu den Kundgebungen der Cisch und Polakewitsch lassen keinen Zweifel darüber, daß die im Namen der polnischen „Demokratie" abgegebenen Erklärungen die Ansichten der Regierung Pilsudski widerspiegeln. Der Rigaer Kongreß hat somit die litauischen Sozialdemokraten und einen Teil der Laudinniki als Agenten des polnischen Imperialismus entlarvt. Diese Leute, die seiner Zeit weder den Mut noch den Wunsch hatten, gegen den litauischen Faschismus anzukämpfen und die Kommunisten eben wegen dieses Kampfes ins Gefängnis warfen, sind zum blinden Werkzeug in den Händen der polnischen Bourgeoisie und der polnischen Großgrundbesitzer geworden.

Die Beteiligung eines Vertreters der PPS am Kongreß wirft auch ein helles Schlaglicht auf die Rolle dieser Partei bei den litauischen Machinationen Pilsudskis. Die Führer der PPS, die den mit jedem Tage wachsenden Haß der polnischen Arbeiter gegen die faschistische Diktatur Pilsudskis und gegen die PPS — die Urmutter der Pilsudskiade — sehen, möchen sich jetzt durch Unterstützung des Kampfes gegen den Faschismus in Litauen rehabilitieren. Für jeden Fall unterstreicht der Rigaer Kongreß überaus plastisch die liebedienerische Rolle der litauischen Sozialdemokratie bei der Verwirklichung der Raubpläne des polnischen Imperialismus. Die litauischen Sozialdemokraten bereisen Polen und halten Vorträge über den faschistischen Terror in Litauen; es ist durchaus begreiflich, daß die polnische Regierung und auch die PPS ihnen hierbei vollkommene Unterstützung gewährt. Unter dem Vorsitz von Pletschkaitis ist in Wilna bereits das „Komitee zur Verteidigung der Republik" gebildet worden, das sich als eine Regierung Litauens betrachtet und nur auf das Signal ihrer Warschauer Protegeure zum Vorgehen wartet. Wenn wir neben dem Gesagten noch hervorheben, daß die bürgerliche öffentliche Meinung Englands, Frankreichs und Italiens die Handlungen Pilsudskis billigt und Litauen verurteilt, so kann man annehmen, daß eine Okkupation Litauens durch Polen auf

keinerlei Hindernisse seitens der regierenden Kreise dieser Länder stoßen wird. Unter solchen Umständen wird die von Litauen gegen Polen beim Völkerbunde eingebrachte Klage ein Ruf in der Wüste sein und wird in geeigneter Weise unter den Tisch fallen.

Eine Analyse der Faktoren, die die Regierung Pilsudskis auf den Weg der forcierten Vorbereitung einer Union mit Litauen drängen, unterstreicht die ganze Bedeutung der litauischen Frage für das faschistische Polen. In dieser Beziehung verdient ein Urteil über die Bedeutung der litauischen Frage Beachtung, das in dem Organ der „Vereinigung zur Gesundung der Republik" — der Leiborganisation des polnischen Faschismus —, der Zeitschrift „Pzelo" vom 8. Oktober dieses Jahres abgegeben wurde.

„Litauen — so schreibt die ‚Pzelo' — ist der Schlüssel für unsere ganze baltische Politik und bildet unter den jetzigen Umständen die empfindlichste Bedrohung für unsere strategische Lage im Falle eines Konfliktes mit Deutschland oder Rußland. Die Einbeziehung Litauens in die politische Einflußsphäre Polens und die Sicherheit von dieser Seite, die Möglichkeit des Zuganges zum Meere von dieser Seite des Baltikums — oder aber andererseits eine für uns beständige Bedrohung und Isolierung —, all das ist für die Großmachtstellung Polens in der Zukunft — wenn nicht gar für dessen ganze Zukunft überhaupt — von entscheidender Bedeutung.

Die Okkupierung Litauens durch Polen eröffnet dem letzteren die Möglichkeit eines gesteigerten Druckes auf Lettland und Estland zum Zwecke der Isolierung der Sowjetunion im Westen und ist eines der Glieder des englischen Planes für die Blockade der Sowjetunion. Die Besetzung Litauens, die Ostpreußen isolieren und es in ein Inselchen innerhalb der polnischen Besitzungen verwandeln würde, muß für Deutschland eine Bedrohung sein und zwangsläufig den Antagonismus vertiefen, der wegen Oberschlesien und wegen des Danziger Korridors zwischen Polen und Deutschland besteht.

Die Aggressivität des polnischen Faschismus gegenüber Litauen wird auch durch das Vorhandensein bestimmter wirtschaftlicher Interessen Polens in Litauen bestimmt. In erster Linie bezieht sich dies auf die Frage der Flößung auf dem Njemen, was für die polnische Forstindustrie und insbesondere für die englischen Unternehmer, die zum Zwecke der Ausholzung der Belowescher Waldungen große Kapitalien investiert haben, eine ungeheure Bedeutung hat. Die Unterbindung der Flößung auf dem Njemen zwingt dazu, das polnische Holz über die baltischen Häfen (Memel, Königsberg, Libau) per Eisenbahn zu leiten, was die Kosten wesentlich erhöht und die Konkurrenzfähigkeit auf den westeuropäischen Märkten verringert. Wenn man die Bedeutung des Holzexports in der Bilanz des polnischen Außenhandels in Betracht zieht, so muß man das Bestreben zur Eröffnung der Flößung auf dem Njemen als einen der ernstesten Faktoren der polnischen Aggressivität gegenüber Litauen anerkennen. Gleichzeitig bildet Litauen einen Absatzmarkt für die Erzeugnisse der polnischen Industrie, vorwiegend der Textilindustrie. Beachtenswert ist die Tatsache, daß Litauen im Textilexport des Lodzer Industriegebietes den zweiten Platz nach Rumänien einnimmt, obwohl die polnischen Erzeugnisse nach Litauen auf Umwegen gelangen. Der litauische Markt ist gegenwärtig für Polen offiziell geschlossen und dürfte bei Bestehen eines unabhängigen Litauens kaum geöffnet werden, da Litauen als Ersatz für den polnischen Import infolge des

agrarischen Charakters seiner Wirtschaft keinerlei Perspektiven für einen Export nach Polen besitzt; die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Polen und Litauen sind somit außerordentlich gering.

Ein ernsthafter Faktor der polnischen Aggressivität gegenüber Litauen sind auch die Interessen der polnischen Agrarier am Wilna-Gebiet, die auch auf dem Gebiet des Kownoer Litauens großen Grundbesitz besaßen. Nach den Angaben W. Studnickis (W. Studnicki: „Die agrarischen Umwälzungen und die Reformen im Nachkriegseuropa und in Polen", Warschau 1927) befanden sich 54 Prozent des gesamten Großgrundbesitzes im ehemaligen Gouvernement Kowno (das jetzt das Hauptgebiet Litauens bildet) und ebenso nahezu der ganze Großgrundbesitz in jenen Teilen des ehemaligen Gouvernements Suwalki, die zum Bestande des litauischen Staates gehören, in polnischen Händen. 25 bis 30 Prozent des ganzen Territoriums des litauischen Staates waren Eigentum der polnischen Großgrundbesitzer.

Die Agrarreform in Litauen, die zum Teile auch im Interesse des litauischen Großbauerntums durchgeführt wurde, hat die Interessen der polnischen Agrarier sehr mitgenommen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die sich um die monarchistische und konservative Flagge gruppierenden Wilnaer Großgrundbesitzer die Schrittmacher einer Okkupierung Litauens sind, die ihnen vielleicht die Möglichkeit zu einer Wiedererlangung ihres verlorenen Landbesitzes geben würde. Die deutlichste Widerspiegelung dieser Bestrebungen der polnischen Großgrundbesitzer finden wir in einer Broschüre „Die Punkte über dem I", die aus der Feder des bekannten Wilnaer monarchistischen Publizisten und Theoretikers Stanislaus Mackewitsch stammt. Die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen berührend, schreibt Mackewitsch:

> „Eine staatliche Einheit zwischen der Düna und den Karpathen würde uns die Kraft einer Großmacht verleihen, die uns jetzt fehlt. Das Streben nach einer Wiederherstellung der polnischen Großmachtstellung muß uns zu dem Gedanken einer polnisch-litauischen Union führen; da wir aber nicht an die Kraft eines demokratischen Zusammenlebens der Völker glauben, so muß unser Programm in der Formel zum Ausdruck kommen: Besetzung Litauens durch bewaffnete Macht."

Die Idee einer bewaffneten Okkupierung Litauens propagiert systematisch die Zeitung „Slowo", das Organ der Wilnaer Monarchisten. Zieht man in Betracht, daß die Wilnaer monarchistischen Agrarier eine Staatspartei sind, die zwei Vertreter im gegenwärtigen polnischen Kabinett haben (Maischtowitsch und Nesabytowski), so muß man sie als die wahren Vertreter der polnischen Absichten gegenüber Litauen ansehen.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor, der Pilsudski zu energischen Schritten gegenüber Litauen drängt, ist auch der innerpolitische Kampf, der in Polen selbst vor sich geht. Nach dem bevorstehenden Abschluß der Parlamentsperiode des gegenwärtigen Sejm steht Polen am Vorabend neuer Parlamentswahlen. Trotz der Konsolidierung des Hauptkerns der polnischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer um die faschistische Diktatur Pilsudskis, trotz des Bestehens solcher Parteien von hundertprozentigen Pilsudskianern, wie der „Arbeiterpartei" und des „Bundes zur Gesundung der Republik", muß Pilsudski dennoch mit der Tatsache des Bestehens solcher alten bürgerlichen Parteien rechnen, wie es die nationaldemokratische Partei (Endeki), die christliche Demokratie und die sozial-

reformistische PPS sind, die, obwohl infolge der durch Pilsudski in ihre Reihen hineingetragenen Zerwürfnisse geschwächt, dennoch einen gewissen Einfluß auf die kleinbürgerlichen Massen und zum Teil (PPS) auf die Arbeitermassen bewahrt haben. Die nationaldemokratische Partei bedient sich in ihrem Kampf mit Pilsudski als Agitationsargument in geschickter Weise der Nationalitätenpolitik Pilsudskis gegenüber den Ukrainern und Weißrussen. Pilsudski hat, indem er sich auf die Föderation mit der „freien" Ukraine und Weißrußland unter allgemeiner Einstellung auf einen Krieg mit der Sowjetunion orientierte, in überaus geschickter Weise der ukrainischen Bourgeoisie eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, und zwar in Form der Einführung der obligatorischen Erlernung der ukrainischen Sprache in den ersten Klassen der polnischen Gymnasien in Ostgalizien sowie in Form einer Heranziehung einer Reihe von Ukrainern zum Staatsdienst und in die Organe der Selbstverwaltung, und endlich in Form materieller Unterstützungen an einzelne „loyale" ukrainische Genossenschaftsbanken usw. Diese Tatsachen wurden von den Nationaldemokraten zu Demonstrationen gegen Pilsudski ausgenutzt, „der den Ukrainern das von jeher polnische Kleinpolen verkaufe"; in Lemberg und Polen gedieh die Sache sogar bis zu Straßenmanifestationen gegen die Schulpolitik Pilsudskis in Ostgalizien. Es ist durchaus möglich, daß diese Momente in der bevorstehenden Wahlkampagne eine gewisse Rolle spielen werden; ebenso ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich in allen Teilen Polens die Angst des polnischen Kleinbürgers vor jeglichen Zugeständnissen an die „Fremdvölker" als Wasser auf die Mühle der Nationaldemokraten gegen Pilsudski erweisen könnte. Was die Opposition der PPS gegenüber Pilsudski betrifft, so wird sie, da sie keinerlei ideelle Grundlagen besitzt, ausschließlich von dem Bestreben diktiert, den Einfluß auf die sich schnell radikalisierenden Arbeitermassen Polens zu behalten und kommt nicht über schüchterne Redensarten von „Faschismus" usw. hinaus.

Eine Entscheidung, und dazu noch eine radikale Entscheidung der litauischen Frage würde Pilsudski bei den nahenden Parlamentswahlen einen Trumpf in die Hand geben. Eine Vergrößerung des Territoriums Polens, eine Verwirklichung der „großen Idee der Jagellonen" würde den Nationaldemokraten die agitatorischen Argumente entwinden und könnte den weiteren Impuls für die Konsolidierung der bürgerlichen Elemente um Pilsudski bilden. Von diesem Standpunkt sind die gegen Litauen gerichteten Demonstrationen äußerst bezeichnend, die am 9. Oktober in Wilna stattfanden, wo die Pilsudski-Anhänger mit den Nationaldemokraten in Einheitsfront auftraten, wo eine feierliche Verschmelzung der faschistischen militärischen Organisationen der Pilsudskianer (Bund der Legionäre) mit den militärischen Bünden der ehemaligen Soldaten der Armee der Generale Dowbor-Mussnicki und Haller, die unter dem Einfluß der Nationaldemokraten standen, erfolgte. Eine Entscheidung der „litauischen Frage" würde die Grundlagen für die Bildung einer solchen „nationalen Einheitsfront" im allpolnischem Maßstabe bilden, was seinerseits die Positionen der faschistischen Diktatur Pilsudskis bei den bevorstehenden Sejmwahlen in der hervorragendsten Weise stärken würde.

Die Okkupation des unter der Herrschaft der blutrünstigen faschistischen

Regierung Woldemaras stehenden Litauens würde Pilsudski die Möglichkeit geben, auch in der Rolle eines „Feindes des Faschismus" aufzutreten und damit mit Hilfe der PPS auch unter der polnischen Arbeiterklasse ein gewisses politisches Kapital zu erwerben; für die PPS selbst könnte diese Tatsache als Rechtfertigung des sich bereits bemerkbar machenden Verzichtes dieser Partei auf eine Opposition gegenüber Pilsudski dienen. Zieht man die für die Pilsudskianer ungünstigen Ergebnisse der unlängst in Polen erfolgten Gemeindewahlen in Betracht, so kommt man unwillkürlich zu dem Schlusse, daß Erwägungen in bezug auf die bevorstehenden Wahlen in den aggressiven Absichten Pilsudskis gegenüber Litauen eine bestimmte Rolle spielen.

Dies ist das Bild der bewegenden Kräfte des polnisch-litauischen Konfliktes, der bereits in das Stadium getreten ist, wo jeder Tag uns einer endgültigen Lösung immer näher bringt. Unter solchen Bedingungen ist die Hauptaufgabe des europäischen Proletariats und seiner kommunistischen Parteien der Kampf gegen die Kriegsgefahr, die dieser Konflikt in Osteuropa schafft. Eine ehrenvolle Rolle fällt in diesem Kampfe der Kommunistischen Partei Polens zu; die Kommunistische Partei Polens muß ihren ganzen Einfluß auf die Arbeitermassen Polens, der sich während der Gemeindewahlen kundgetan hat, in die Wagschale werfen, um die gewalttätigen Absichten des polnischen Faschismus mit allen Mitteln zu hintertreiben. Die Kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs, Deutschlands müssen die Kommunistische Partei Polens unterstützen und ihre entlarvende Tätigkeit steigern, indem sie die Massen gegen die Regierungen mobilisieren, die die Kriegsgefahr im Osten Europas fördern. Besonders verantwortungsvollen und komplizierten Aufgaben steht die heldenhafte Kommunistische Partei Litauens gegenüber. Den Haß, der in breiten Schichten des litauischen Proletariats und Bauerntums gegen das blutrünstige Regime Woldemaras' und Smetonas besteht und den die feigen Sozialdemokraten gerne in der Richtung eines Bündnisses mit dem polnischen Imperialismus ablenken möchten, muß die Kommunistische Partei Litauens in der Richtung des Klassenkampfes gegen die litauische Bourgeoisie, des Kampfes für ein unabhängiges Sowjet-Litauen richten.

NACH DEM KONGRESS DER FREUNDE DER SOWJETUNION

Die Abreise der Delegationen, die sowohl zur Teilnahme an den Oktoberfeierlichkeiten als auch zur Teilnahme am Kongreß der Freunde der Sowjetunion gekommen waren, hat bereits eingesetzt. Einige Delegationen sind inzwischen schon wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, die anderen reisen noch durch das Land der Sowjets, um so viel Material wie möglich zu sammeln und sich mit dem erforderlichen Rüstzeug zu versehen, damit sie die auf dem Kongreß begonnene Arbeit fortsetzen können. Daher ist es jetzt mehr denn je angebracht, eindeutig die Frage zu stellen, in welchen

Formen die grandiose Arbeit fortgesetzt werden kann, die dem Kongreß vorangegangen ist und die in den Verpflichtungen gipfelte, die von den Vertretern breiter proletarischer Massen Europas und Amerikas sowie von den Vertretern der unterdrückten Völker, die sich gegen den Weltimperialismus erheben, auf dem Kongreß der Freunde der Sowjetunion eingegangen wurden.

Zur richtigen Lösung dieser Frage ist es notwendig, sich den Charakter, den Sinn und den Inhalt des Kongresses selbst klar zu machen.

Die Tatsache der Massenwallfahrten der Delegationen — der Arbeitervertreter, der Vertreter der Bauern und der unterdrückten Völker in das Land der Sowjets — muß als Triumph des Oktobers über die Grenzen der Sowjetunion bewertet werden. Dieser Triumph war das Resultat eines angestrengten Kampfes, dessen Spitze sich gegen den Sozialreformismus richtete. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß nicht nur die faschistischen und die sogenannten demokratischen Regierungen, sondern vor allem und in erster Linie die Organisationen der Zweiten „Sozialistischen" und der Amsterdamer Internationale sich der Entsendung von Delegationen nach der Sowjetunion widersetzten. Die Helden des Reformismus wußten sehr wohl, daß die aktive Bilanz des ersten Jahrzehnts der Sowjetmacht die überzeugendste Entlarvung der Ideologie des Reformismus und der Politik der reformistischen Lakaien des internationalen Imperialismus ist. Gerade darum taten sie alles, um zu verhindern, daß breite Arbeitermassen die wirklichen Resultate des zehnjährigen Bestehens der Sowjetmacht auf dem sechsten Teil der Erde erfahren.

Trotz der vereinten Anstrengungen der bürgerlichen Regierungen und der Sozialreformisten gestaltete sich die Entsendung von Delegationen nach der Sowjetunion im höchsten Maße erfolgreich. Dieser Erfolg hat schon den Charakter und den Inhalt des Kongresses vorherbestimmt. Der Kongreß, der im Kampfe für die USSR, im Kampfe gegen den Imperialismus und seine sozialistischen Lakaien entstand, mußte naturgemäß zu einer grandiosen Demonstration für die Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg im allgemeinen und den gegen die erste Arbeiterrepublik im besonderen vorbereiteten Krieg werden.

Angesichts des Erfolges des Kongresses stieg bei vielen Delegierten die Frage auf, ob man den Kongreß nicht in den Keim einer neuen Weltorganisation verwandeln soll, die in sich die Einheitsfront der breiten proletarischen Massen und der unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien verkörpert. Diese Frage wurde von verschiedenen Delegierten erörtert. Trotz des leidenschaftlichen Bestrebens, die Kongreßarbeit organisatorisch zu verankern, konnten die Delegierten sich jedoch nicht der Einsicht verschließen, daß die übereilte Gründung einer neuen Weltorganisation mehr Schaden als Nutzen bringen könnte. Die ganze Stärke des Kongresses bestand eben darin, daß er die ungeheuren elementaren Sympathien für die Sowjetunion widerspiegelte, die alle Hindernisse zu überwinden verstanden, die die herrschenden Klassen und die Sozialreformisten den Arbeitern und Bauern in den Weg legten. Die Komitees, die die Wahlen der Delegationen leiteten, sind erst in den letzten Monaten, zum Teil auch in den letzten Wochen vor dem Oktoberjubiläum zustande gekommen. Offensichtlich ist

die Situation für die Schaffung einer breiten Weltorganisation noch nicht reif.

Zugleich aber wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß die Unmöglichkeit der Schaffung einer Weltorganisation den Stillstand jeder Arbeit, die mit dem Kongreß verbunden ist, nach sich ziehen müßte. Eine solche Schlußfolgerung wäre absolut falsch. Die Delegationen wurden zu dem Zwecke hingeschickt, daß sie an Ort und Stelle sich überzeugen sollten, was hinter den Verleumdungen steckt, die über die USSR verbreitet werden. Diese Delegationen haben auf dem Kongreß ihr Urteil gefällt, und in Verbindung mit diesem Urteil haben sie bestimmte Verpflichtungen auf sich genommen. Dementsprechend sollen die Teilnehmer des Kongresses erstens Mittel und Wege finden, um die Resultate ihres Aufenthaltes im Lande der Sowjets möglichst breiten Massen zugänglich zu machen, und zweitens dafür sorgen, daß die übernommenen Verpflichtungen nicht nur auf dem Papier stehen.

Die erste Aufgabe der zurückkehrenden Delegationen drängt sich von selber auf. Offensichtlich müssen die Delegationen nach Kräften dafür sorgen, daß die Wahrheit, die sie mit eigenen Augen schauten, die Ausgebeuteten und Unterdrückten erreicht. Schon diese eine Aufgabe im Augenblick des wütenden Kampfes gegen das Land der Sowjets erfordert ein organisiertes Vorgehen der zurückkehrenden Delegationen. Selbst wenn die Delegationen nach ihrer Rückkehr sich auflösen würden, auch dann könnte jeder Delegierte im einzelnen auf seinem Posten als lebendiger Zeuge gegen die Lügner und Verleumder auftreten. Aber es versteht sich von selbst, daß solche Einzelaktionen angesichts der organisierten Gegner zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein würden. Somit kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß die zurückkehrenden Delegationen, die die Verkörperung der Einheitsfront in jedem einzelnen Lande bilden, als organisierte Kollektivs zwecks einer vorteilhafteren Erfüllung ihrer Aufgaben ihre Tätigkeit fortsetzen müssen.

Allein die Delegationen dürfen sich nicht nur auf Berichte beschränken, selbst wenn sie sie vor den breitesten Massen bringen würden. Die Verpflichtung, die USSR gegen die Kriegsgefahr zu verteidigen, die sie auf dem Kongreß übernommen haben, erfordert überlegtes und planmäßiges Vorgehen. Der erste, wichtigste Schritt in diesem Arbeitsprogramm muß der reale Kampf für die Gewerkschaftseinheit im allgemeinen, für die Einheit mit den Gewerkschaften der Sowjetunion im besonderen sein. Man muß im Auge behalten, daß der Kongreß der Freunde der Sowjetunion tagte kurz nach der Sprengung des Anglo-Russischen Komitees durch den Generalrat, einer Sprengung, die von Baldwin einerseits und der Amsterdamer Internationale andererseits als ein Schritt zur Isolierung der USSR und ihrer Arbeiterbewegung betrachtet wird. Wenn wir beispielshalber die Zusammensetzung der englischen Delegationen auf dem Kongreß der Freunde der Sowjetunion analysieren, werden wir uns davon überzeugen, daß wir in England kaum eine Massenorganisation von größerer Autorität finden können, die imstande wäre, ohne den Generalrat und gegen den Generalrat ehrlich und aufrichtig die Einheit mit den Gewerkschaften der USSR zu verwirklichen. Wenn wir die Zusammensetzung der französischen

Delegation ins Auge fassen, so werden wir sehen, daß sie über genügend Autorität verfügt, sowohl um gegen die französischen Imperialisten, die an der Vorbereitung des Krieges gegen die USSR teilnehmen, als auch für die Gewerkschaftseinheit im nationalen und im internationalen Maßstabe zu kämpfen.

Wir haben zwei Delegationen erwähnt. Die Analyse aller Delegationen zeigt, daß die Delegationen aller Länder imstande wären, als organisierte Zellen zum Kampf sowohl für die Gewerkschaftseinheit im allgemeinen als auch die Einheit mit der Arbeiterbewegung der Sowjetunion im besonderen zu dienen. Es erübrigt sich, hier besonders zu erwähnen, daß eine geschlossene Gewerkschaftsbewegung unter ehrlicher proletarischer Führung ein grandioses Bollwerk gegen alle imperialistischen Kriege und in erster Linie gegen den vom internationalen Imperialismus vorbereiteten konterrevolutionären Feldzug gegen die Sowjetunion bilden könnte.

Immerhin ist der Kampf für die Gewerkschaftseinheit nur eine, allerdings eine der wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen die Kriegsgefahr. Jedoch kann die Aufgabe der Delegationen mit dem Kampfe für die Gewerkschaftseinheit nicht erschöpft sein. Die Verteidigung der Sowjetunion ist die brennendste Aufgabe des Tages. Die Imperialisten verlieren keinen Augenblick, um die Isolierung der Sowjetunion zwecks Vorbereitung eines bewaffneten Ueberfalls auf sie fortzusetzen. Unter diesen Umständen ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse ständig und ununterbrochen auf der Hut ist, damit sie sich tatsächlich den Kriegsabsichten der Imperialisten widersetzt und sich praktisch darauf vorbereitet, dem Krieg, wenn er ausgebrochen ist, entgegenzutreten. In diesem Kampfe können die Delegationen selbstverständlich keinerlei Hilfe von den Führern der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften erwarten. Im Gegenteil, den Kampf für die Sowjetunion wird man ebenso wie den Kampf für die Reise nach der USSR gegen die Führer der Sozialdemokratie und der Amsterdamer führen müssen. Alle Delegationen waren in der Regel aus Parteilosen, aus einfachen Mitgliedern der reformistischen und revolutionären Gewerkschaften und aus Mitgliedern der sozialistischen und kommunistischen Parteien zusammengesetzt. Nur die kommunistischen Parteien und die revolutionären Gewerkschaften werden bis zuletzt auf allen Wegen und mit allen Mitteln gegen den Krieg und die Kriegsgefahr kämpfen. Die Stärke der Delegationen besteht darin, daß sie ein Bindeglied sind, das die Mitglieder der roten Gewerkschaften und der kommunistischen Parteien mit jenen Arbeitern zusammenschließt, die in den reformistischen Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien sind und die von ganzem Herzen am Kampfe für die Sowjetunion gegen ihre eigenen Führer teilnehmen wollen.

Diese Delegationen wurden in den Fabriken und Werkstätten, aber auch in speziell dazu einberufenen Konferenzen gewählt. Die Delegationen müssen nach Kräften dafür sorgen, daß sie im Kampfe gegen den Krieg die aktive Hilfe der Belegschaften und der Arbeiterkonferenzen, die sie zum Kongreß delegiert haben, sichern. Noch mehr, sie müssen danach streben, ihren Einfluß auszudehnen, um möglichst breite Schichten der Arbeiterklasse zu erfassen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist es notwendig,

sich nicht nur auf Berichte in Meetings und Betriebsversammlungen zu beschränken, man muß bestrebt sein, überall Bezirkskonferenzen und, wo dies möglich ist, Reichskongresse zu organisieren.

Vor dem Kongreßschluß hat der Vorsitzende der Bergarbeiter, William Lawther aus Südwales, unter allgemeiner Zustimmung die Wichtigkeit der weiteren Arbeiterdelegationen als organisierte Kollektivs unterstrichen, deren Aufgabe es sein wird, ihre Organisationsarbeit im Geiste der vom Kongreß angenommenen Resolutionen fortzusetzen. Die Aufgabe besteht darin, daß diese Ideen, die solche einhellige Unterstützung des Kongresses gefunden haben, tatsächlich verwirklicht werden.

Wir haben von der Tätigkeit der Delegationen in den entsprechenden Ländern gesprochen. Wir haben das Moment des Kampfes für die Gewerkschaftseinheit und für die Einheit mit den Arbeiterorganisationen der USSR unterstrichen; nicht zu vergessen sind auch jene internationalen Verbindungen, die auf dem Kongreß entstanden und die eine ungeheure politische Bedeutung haben. Wir denken in erster Linie an jenen Kontakt, der zwischen den Arbeitern der imperialistischen Länder und den Vertretern der unterdrückten Völker hergestellt worden ist.

Das Erwachen der unterdrückten Völker, ihr Kampf gegen die imperialistischen Unterdrücker spielt jetzt eine außerordentliche Rolle. Die Sozialdemokratie beschränkte sich bis in die allerletzte Zeit auf dem imperialistischen Kampffelde nur darauf, daß sie nach Möglichkeit die Henkerarbeit ihrer Herren verschleierte. Im Osten selbst haben die Sozialdemokraten keine besondere Aktivität gezeigt. Jetzt ändert sich das Bild auch in dieser Hinsicht. Die Führer von Amsterdam und der II. Internationale arbeiten mit Hochdruck, um praktisch das Programm von Macdonald zu verwirklichen, das dahin zielt, daß die „Sozialisten Sr. Majestät" die diskreditierten christlichen Missionare ersetzen und ihre Funktionen übernehmen sollen. Das Wesen dieser Funktionen kennen wir genau: die Aufgabe der christlichen Missionare lief darauf hinaus, die „friedliche" Ausbeutung der unterdrückten Massen durch die Kapitalisten zu sichern und die Militärexpeditionen gegen „den aufständischen Pöbel" zu rechtfertigen. Diese edle Mission übernehmen die Sozialdemokraten und die Helden von Amsterdam. Sie beginnen sich für Südafrika, China, Indien zu interessieren. Sie bereiten sich vor, die Rolle der holländischen Sozialdemokraten bei der blutigen Niederschlagung des indonesischen Aufstandes Ende 1926 und Anfang 1927 nachzuahmen.

Der Kampf gegen den Krieg und die Kriegsgefahr ist ohne den Kampf gegen das imperialistische Henkertum in den Kolonien und Halbkolonien undenkbar. An dem Kongreß nahm eine ziemlich zahlreiche Delegation teil, die einer Einladung der Liga zum Kampfe gegen koloniale Unterdrückung gefolgt war. Der Kongreß dehnte die organisatorische Möglichkeit der Liga aus und schuf eine günstigere Grundlage für ihre weitere erfolgreiche Arbeit. Die Stärkung der Liga zum Kampfe gegen koloniale Unterdrückung ist jetzt besonders wichtig, wo die Sozialdemokratie den Versuch macht, die Liga von außen und von innen her zu zerschlagen. Die Exekutive der II. Internationale hat einstimmig eine Kampfresolution gegen die Liga angenommen (d. h. also für den Imperialismus), gleichzeitig be-

mühen sich auch einzelne reformistische Führer vom Typus eines Lansbury, die Liga von innen heraus zu schwächen. Die Arbeit, die auf dem Kongreß begonnen wurde, kann und muß als Ansporn zur verstärkten antiimperialistischen Arbeit im Weltmaßstabe dienen. Diese Arbeit kann gleich der Verteidigung der Sowjetunion nur in dem Falle erfolgreich sein, daß sie ihre Spitze gegen den Sozialreformismus richtet.

Der Kongreß war der Höhepunkt einer gewaltigen, überwiegend spontanen Kampagne für den Oktober, gegen den Imperialismus, gegen den Sozialreformismus und gegen die imperialistischen Kriege. Aber der Kongreß muß seinerseits auch der Ausgangspunkt einer neuen, planmäßigeren, organisierteren Kampagne sein zur Verwirklichung jener Resolutionen, die vom Kongreß angenommen wurden.

HERMANN REMMELE:

DIE ORGANISIERUNG DER „IV. INTERNATIONALE"

In den Nummern 34 und 35 der „Fahne des Kommunismus" Maslows treten die „orthodoxen Marxisten-Leninisten", die Bundesgenossen Trotzkis, offen für die Gründung einer IV. Internationale ein. Und zum Beweis, daß die Maslowiten im Einverständnis mit der russischen Opposition handeln, sind beide Artikel mit dem Stigma „Brief aus der USSR" versehen. Sie tragen die Ueberschrift „Die Zeit zur Organisierung einer kommunistischen Linken in der Komintern ist längst gekommen". Die Organisatoren einer „kommunistischen Linken in der Komintern" wissen genau, daß sich diese Organisierung nicht innerhalb der Komintern vollzieht. Alle „führenden Köpfe" dieser Neugründung stehen heute nicht innerhalb, sondern außerhalb der Komintern.

Der Plan der Organisierung einer „Vierten Internationale" kommt nicht überraschend. Seit dem Auftreten der „neuen Opposition", d. h. seit dem 14. Parteitag der KPSU, reisen die Emissäre der russischen Opposition von Land zu Land und sammeln alle Elemente, die die Kommunistische Internationale seit ihrer Gründung ausgeschieden hat. Entsprechend der Prinzipienlosigkeit des Oppositionsblockes Trotzki-Sinowjew sammeln die Organisatoren der „Vierten" unterschiedslos und wahllos alles, was die Komintern im Verlaufe ihrer geschichtlichen Entwicklung am Wegrande liegen ließ. Dabei rühmt sich die Opposition, daß sie in den Ländern mit den stärksten kommunistischen Parteien eine „Massenbewegung der Opposition" auf ihrer Seite habe. Als solche Länder werden Deutschland, Frankreich, die Tschechoslowakei, Italien usw. angegeben. Und was findet sich da alles unter dem Banner der „Linken" tatsächlich zusammen? Wir unterscheiden hier zwei scheinbar entgegengesetzte Typen, die aber im gleichen Boden wurzeln. Der eine Typus ist aus dem kommunistischen Lager offen

und ohne Verhüllung ins reformistische, sozialdemokratische Lager zurückgekehrt, während der zweite auf dem Umwege über den „Radikalismus" und das „Linkssein" nach dem gleichen Ziele strebt. Zu dem ersten Typus gehört der gewesene kommunistische Vizebürgermeister Skala in Prag, der die Parteidisziplin mißachtete, die Beschlüsse der Fraktion und der Partei ignorierte, um ein „gutes Verhältnis" mit seinen Kollegen, den bürgerlichen Bürgermeistern und der Beamtenbürokratie zu unterhalten, weshalb er aus der Partei ausgeschlossen werden mußte. Zu ihm gesellt sich der ideell ebenfalls ins sozialistische Lager abgeschwenkte Hula, der gleichfalls ausgeschlossen werden mußte. Beide Helden etablieren sich als „Opposition der tschechoslowakischen kommunistischen Partei". In die gleiche Kategorie gehört der von der österreichischen Partei ausgeschlossene Frey, der bei den österreichischen Parlamentswahlen im Schlepptau von Otto Bauer und mit Hilfe des sozialdemokratischen Parteiapparates unter der Losung: „Jeder gute Kommunist stimmt sozialdemokratisch" eine Kampagne führte. Zu dieser Richtung gehört auch die „Opposition" in Frankreich, die Souvarine-Monatte-Gruppe, die gleichfalls wegen ihres Ueberlaufens zur Bourgeoisie aus der Partei ausgeschlossen wurde. Diese Gruppe zeichnet sich durch ihre besondere Feindseligkeit gegen die Sowjetunion aus. Endlich zählen zu dieser Richtung auch Roland-Holst und andere, die sich nie von der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie loszulösen vermochten.

Es handelt sich da fast durchwegs um Elemente, die noch unter dem Vorsitz Sinowjews und unter seiner eifrigen Mitwirkung als Rechte, als sozialdemokratische Elemente gebrandmarkt bzw. aus der Komintern entfernt wurden. Sie treten in jenen kommunistischen Parteien auf, die noch keine großen, revolutionären Kämpfe mitgemacht haben, wo also die rechten Elemente noch nicht vollständig bankrott gemacht haben und dementsprechend entlarvt und diskreditiert worden sind.

Den Haupttroß, die „Massen", soll aber der zweite Typus, der Menschewismus im Gewande des „Radikalismus" und des „Linksseins" stellen. Es ist ganz begreiflich, daß dieser Typus vor allem in Deutschland auftritt, wo die scharfen, bis zum Bürgerkrieg gesteigerten revolutionären Kämpfe die Rechten derart unmöglich gemacht haben, daß eine Opposition gegen die kommunistische Partei nur noch im linken Gewande auftreten kann, wenn sie auch nur einigermaßen Gehör finden will. Hierbei spekulieren die Organisatoren in der Hauptsache auf die aus der KPD ausgeschlossenen Bankrotteure der deutschen „Linken" und der „entschiedenen Linken", die sich bisher schon das Monopol der „Auslandsvertretung" der russischen „Opposition" sichern konnten. Die Nachkriegszeit brachte mit dem Entstehen der revolutionären Bewegung auch jene „linken" Strömungen, die in der „Kommunistischen Arbeiterpartei" zeitweilig größere Anhängerschaft sammeln konnten und denen Lenin seine Kinderkrankheiten widmete. Diese Bewegung ist heute bankrott und nahezu vollständig von der Bildfläche verschwunden. Auch die Versuche dieser „links vom Kommunismus" stehenden Gruppen, während der zunehmenden Arbeitslosigkeit Boden zu gewinnen, sind vollkommen gescheitert. Dafür wies aber die Politik der Gruppe Maslow-Fischer, als sie die Führung der KPD in der Hand hatte, bald Ten-

denzen dieses „linken" Kommunismus auf, weshalb diese Gruppe mit der Komintern in Konflikt geriet. Der „Offene Brief" der Exekutive an Ruth Fischer offenbarte diesen Konflikt. In demselben Maße, wie dann diese Gruppe, nachdem sie sich der Komintern nicht unterworfen hatte, ihren Abmarsch aus der KPD ins feindliche Lager vollzog, kam auch in die Reihen des längst aus der Komintern ausgeschiedenen „linken" Kommunismus ein politisches Scheinleben. Dieser Zuzug brachte aber nicht eine Konsolidierung der „links" vom Kommunismus stehenden Gruppen, sondern eine hoffnungslose Zersplitterung, die den heillosen Wirrwarr in den Reihen dieses Renegatentums offenbarte. Es bestehen heute etwa ein Dutzend solcher Splitter, von denen immer einer „entschiedener links" sein will als der andere und von denen jeder für sich sein Organ herausgibt, das alle anderen aufs unversöhnlichste bekämpft. Die Arbeiterklasse nimmt von der Existenz dieser Gruppen nicht im geringsten Kenntnis; um so heftiger ist in diesen Gruppen der „Kampf um die Seele der Arbeiter".

Jede dieser Gruppen hat ihr „Programm" oder ihre „Plattform" und ihre besondere „Geschichte", wenn auch eine recht traurige. Der Streit um die „Entschiedenheit" des „Linkssein" nimmt geradezu groteske Formen an. Eine Gruppe will entschiedener sein als die andere und jede wirft der anderen alle Todsünden des Opportunismus, des Renegatentums, der Verräterei, des „Stalinismus", der „Kulakisierung" und wie alle die Schlagworte aus dem Arsenal der Opposition heißen, vor. Wenn man wissen will, was in der Verborgenheit dieser verwirrten Kleinbürgerseelen irgendeiner dieser Gruppen vor sich geht, braucht man immer nur das „Organ" der anderen Gruppen zu lesen, in welchem alle Geheimnisse offenbart werden. Ueber sich und seine Bewegung selbst weiß keiner von diesen wackeren Streitern etwas zu berichten, weil es hierüber nichts Rühmenswertes zu berichten gibt.

In den letzten Tagen hat sich der aus der KPD zusammen mit Ruth Fischer ausgeschlossene Studienrat Schwarz von Katz-Ruth Fischer losgelöst und Zuflucht bei der KAP gefunden. Das bedeutete aber keinen „Machtzuwachs", sondern eine erneute Spaltung dieser Miniaturorganisation in zwei Lager, die sich nunmehr gleichfalls auf das heftigste bekämpfen. Und das kam so: Schwarz ist Reichstagsabgeordneter. Die KAP hat aber in ihrem Programm den Antiparlamentarismus. Schwarz hätte also nach seinem neuen Glaubensbekenntnis sein Parlamentsmandat, das der KPD gehört, niederlegen müssen. Schwarz liebt aber die „Bestechungsgelder der Bourgeoisie" mehr als sein neues „Programm". Darüber kam es in der KAP zum Streit. Die Zentrale der KAP stellte sich auf die Seite ihres neugewonnenen „Führers" und kündigte zugleich an, daß auf dem nächsten Parteitag, der im Januar stattfindet, das Parteiprogramm geändert werden und die KAP sich in Zukunft auch an den Parlamentswahlen beteiligen soll. Die Zentrale schreibt in der Verteidigung dieses Beschlusses, daß man „endlich aus der vollkommenen Isolierung von der Arbeiterklasse" herauskommen müsse, und der einzige Weg hierzu über die Beteiligung am bürgerlichen Parlament und über die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften führe; nur so werde die Partei eine Existenzmöglichkeit haben. Die Opposition gegen „den neuen Kurs" in der KAP, die stärker ist als die Anhänger der Zentrale, findet nun im Organ von Katz — er nennt es „Spartakus" und

sich selbst Spartakusbund — ihr Sprachrohr. Katz, der selbst nach wie vor „Bestechungsgelder der Bürgerblockregierung" empfängt, stottert gegen den „Parlamentarier" Schwarz. Dabei erfahren wir aus diesem Blättchen auch, daß sich nicht nur die KAP, sondern auch die „gewerkschaftliche" Organisation der KAP, die AAU (Allgemeine Arbeiter-Union), die als Gewerkschaftsorganisation von wenigen hundert Mitgliedern ganz ohne Bedeutung war, gespalten und sich unter der Führung von Pfemfert eine AAUE (Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation) gebildet hat, die nach dem „Spartakus" des Katz „der einzige Weg ist des wirklichen Kampfes gegen die Stalin-Methoden des durchbolschewisierten KAP-ZK's."

So haben wir jetzt in Deutschland: 1. die Gruppe der „Orthodoxen Marxisten-Leninisten" mit dem Organ „Die Fahne des Kommunismus" und mit Maslow, Ruth Fischer, Urbahns und Scholem an der Spitze; 2. die Gruppe „Kommunistische Politik" mit dem Organ gleichen Namens, geführt von Professor Korsch; 3. die Gruppe „Spartakusbund" (früher „Entschiedene Linke") mit dem Organ „Spartakus", geführt von Katz; 4. die „Kommunistische Arbeiterpartei" mit der „Kommunistischen Arbeiterzeitung", bei der jetzt Schwarz Unterschlupf fand, weshalb aus ihr die letzten Arbeiter flüchteten; 5. die Pfemfert-Gruppe mit dem Organ „Aktion", die mit Katz ein „Verhältnis" hat, sich aber mit dem „Parlamentarier" nicht kompromittieren will; 6. die Syndikalisten mit dem Organ „Der Syndikalist"; 7. die Anarchosyndikalisten mit dem „Freien Arbeiter"; und endlich 8. die Anarchisten, die aber wiederum in mehrere Gruppen zerfallen. Neben diesen acht „Hauptrichtungen", bei denen es mindestens noch ebensoviele Nebenrichtungen und kleinere Splitter gibt, die sich als politische Gruppen bezeichnen, gibt es ebensoviele „wirtschaftliche" oder „gewerkschaftliche" Richtungen.

Die bekannteren hiervon sind: 1. die „Union der Hand- und Kopfarbeiter" unter der Führung von Schumacher, Kaiser und Weyer, die politisch bei Maslow-Ruth Fischer steht; 2. die AAU (Allgemeine Arbeiter-Union), die politisch bei der KAP und Schwarz steht, und 3. die AAUE (Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation), die politisch bei Pfemfert und Katz steht. Neben diesen drei „Hauptunionen" gibt es noch eine Reihe von Grüppchen, die „politisch" den Syndikalisten, Anarchosyndikalisten oder Anarchisten nahe stehen, trotzdem hier der „Dualismus zwischen Partei und Gewerkschaft" prinzipiell beseitigt sein soll.

Alle diese sich gegenseitig bekämpfenden Organisationssplitter sind natürlich keine Organisationen. Ihr Anhang beschränkt sich auf kleinste Grüppchen und auf einige wenige Großstädte, bei einigen sogar nur auf Berlin. Wieder andere sind nur Literatengruppen ohne jeden Arbeiteranhang, wie die „Gruppen" Korsch, Pfemfert, Katz usw. Die Existenz der Gruppen Maslow, Korsch, Katz, Schwarz hängt an den zwei Dutzend Parlamentsmandaten, die sie der KPD gestohlen haben und die im nächsten Jahre erlöschen. Der Arbeiteranhang all dieser „politischen" und „gewerkschaftlichen" Gruppen zusammengenommen, beträgt ein paar Tausende, die zum größten Teil häufig von einer zur anderen Gruppe wechseln. Längeren Bestand hatte bisher nur die KAP, die sich aber infolge der Schwarz-Affäre jetzt auch in vollkommener Auflösung befindet. Der Versuch, unter Preis-

gabe ihres antiparlamentarischen Programms, aus der Isolierung von der Arbeiterklasse herauszukommen, bedeutet für die KAP die Auflösung. So bedeutet das Ueberlaufen der Ultralinken in Deutschland zu den „links vom Kommunismus stehenden" Organisatiönchen und Diskutierklubs nicht eine Stärkung und Konsolidierung dieser Bewegung, sondern ihre vollkommene Desorganisation, ihre Zersplitterung und ihren rapiden Zerfall. Alle diese Splitter und Gruppen sind in der deutschen Arbeiterbewegung ohne den geringsten Einfluß. Die Arbeiterschaft nimmt kaum Notiz von ihnen. Bei allen Klassenkämpfen der letzten Monate, bei den zahlreichen und großen Streikbewegungen, in der Arbeitslosenbewegung usw., nirgends sind sie in Erscheinung getreten. Ihre ganze Tätigkeit beschränkt sich darauf, in allerengsten Zirkeln zu diskutieren und zu „philosophieren". Bei dem einzigen Versuch, mit dem sie hervorgetreten sind, bei der Wahl in Altona, hat sie die Arbeiterschaft einmütig abgewiesen. Was sollen auch die paar tausend Anhänger von mehreren solcher Grüppchen bei einer Arbeiterbewegung von 6—7 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, bei 180 000 organisierten Kommunisten, bei einem Dreimillionenanhang der kommunistischen Bewegung bedeuten?

Dieses Durcheinander von Splittern der Ultralinken, die ausgezogen sind, um die Komintern vor dem „Zerfall" und dem „Abgleiten in den Opportunismus" zu retten, muß man kennen, um den Sinn der Forderung der russischen Opposition auf „Wiederaufnahme" der ausgeschlossenen „Linken" in Deutschland in seiner ganzen Glorie zu würdigen. Nicht weniger absurd war die Forderung, die Wujowitsch auf dem Aprilplenum des EKKI stellte, daß die Komintern „den Kurs nach links zu nehmen habe" und die Einheitsfront mit den „Arbeitern" machen soll, die „links von der Komintern stehen, nicht nach rechts mit den sozialdemokratischen Arbeitern!" Die Sozialdemokratie dürfte bei den nächsten Wahlen nach dem Ausgang der letzten Gemeinde- und Landtagswahlen, 8—9 Millionen Stimmen mustern, von denen mindestens 6—7 Millionen von Arbeitern abgegeben werden. Diese 6—7 Millionen Arbeiter sollen also für die proletarische Einheitsfront nicht in Betracht kommen!

Mit diesen Ueberläufern zum Opportunismus, zum Menschewismus, dem „Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterklasse" (Lenin), mit den Skala und Hula in der Tschechoslowakei, den Souvarine und Monatte in Frankreich, dem Frey in Oesterreich, der Roland-Holst in Holland auf der einen Seite und den sich „radikal" gebärdenden, „wild gewordenen" kleinbürgerlichen Intellektuellengruppen der Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Scholem, Korsch, Schwarz und Katz in Deutschland, Treints in Frankreich und Michaletz in der Tschechoslowakei auf der anderen Seite, glauben die Trotzki und Sinowjew ihre „Vierte Internationale" starten lassen zu können. Diesem Start kann die Kommunistische Internationale mit voller Ruhe entgegensehen. Man lese das Kapitel IV „Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erstarkt und gestählt worden?" in Lenins „Kinderkrankheiten des Radikalismus im Kommunismus". Dort finden wir die vorzüglichste Charakteristik der Elemente, die das Material zum „Aufbau der neuen Weltorganisation" abgeben sollen. Das Wesen

dieser Elemente ist zu bekannt, als daß man auch nur eine Zeile zu zitieren notwendig hätte.

Für die Offenheit, mit der die „Fahne des Kommunismus" die Absichten der „Opposition" ausspricht, kann man ihr nur dankbar sein. Und auch hier kann man ihr nur antworten, was Lenin 1917 Sinowjew und Kamenew nach ihrer Fahnenflucht geantwortet hat:

> „Mögen die Herren Sinowjew und Kamenew (heute Trotzki) eine eigene Partei mit einigen Dutzend Leutchen, die den Kopf verloren haben, oder Kandidaten der Konstituante (heute zwei Dutzend Abgeordnete in Deutschland und sonstwo) gründen. Die Arbeiter werden dieser Partei nicht beitreten. . . . Mögen sie eine solche Partei aufmachen, unsere Arbeiterpartei der Bolschewiki wird dadurch nur gewinnen."

BENNET:

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI FRANKREICHS UND DIE PARLAMENTARISCHEN TRADITIONEN

Poincaré-la guerre hat richtig kalkuliert, daß zur Stabilisierung des französischen Kapitalismus auf Kosten des französischen Proletariats und zur völligen Militarisierung des Landes die Mithilfe von Herriot und Renaudel keineswegs ausreiche. Er wußte und verstand, daß die Macht, die die proletarischen Massen mobilisiert und organisiert, nicht die radikale, die radikalsozialistische oder die Partei Paul Boncours ist, sondern einzig und allein die Kommunistische Partei Frankreichs. Und eben aus diesem Grunde ließen die Führer des nationalen Blocks die Führer der Kommunistischen Partei und die leitenden Personen der mit dieser Hand in Hand arbeitenden revolutionären Gewerkschaften die ganze Schwere ihrer grausamen Repressivmaßnahmen fühlen. Auf die Kommunisten und die revolutionären Gewerkschafter hagelte es Verfolgungen nieder. Gegen die Kommunisten wurden ans Phantastische grenzende Spitzelkomplotte geschmiedet, die Parteiführer verschwanden auf lange Zeit in den Gefängnissen und die französische Geheimpolizei entfaltete in allen Teilen der Republik eine emsige Tätigkeit.

Poincaré glaubte und hoffte, es werde ihm mit Hilfe grausamer Repressalien auf der einen Seite, mit Hilfe eines Verleumdungsfeldzuges und einer Reihe von Spitzelkomplotten auf der anderen Seite gelingen, die Kommunistische Partei ihrer Führung zu berauben und sie in den Augen der breiten Massen zu diskreditieren. Es zeigte sich jedoch, daß er sich gewaltig geirrt hatte. Unter den Schlägen der Feinde wuchs die Kommunistische Partei zahlenmäßig und wurde gehärtet und zusammengeschweißt zu einem entschiedenen, hartnäckigen und erfolgversprechenden Kampf gegen das anstürmende Kapital und dessen Vorhut — die Regierung des sogenannten nationalen Blocks.

Von der politischen Kräftigung der Kommunistischen Partei Frankreichs legt der Offene Brief des Zentralkomitees der Partei an alle lokalen Organi-

sationen beredtes Zeugnis ab. Um diesen Brief ist bereits ein heftiger Kampf entbrannt. Kam er doch sowohl für die Paul Boncouristen als auch für die Gönner der letzteren aus dem Lager des berühmten „Linksblocks" völlig unerwartet. Die Radikalen aus Herriots Schule, die die ihnen zufallende Rolle des nebengespannten Hilfspferdes vor Poincarés Wagen vorzüglich ausfüllen, sowie die Sozialisten vom Schlage Renaudels glaubten und hofften bestimmt, sie würden trotz ihres hartnäckigen und systematischen Verrats der Interessen der Arbeiter und der breiten Volksmassen auf Grund der alten parlamentarischen Traditionen bei den Wahlen von 1928 die Stimmen der Kommunisten erhalten. Aber die vom Zentralkomitee der französischen Kommunistischen Partei eingeschlagene Taktik hat die süßen Träume dieser parlamentarischen Kretins zerstört und diese heulen nunmehr wie die Wölfe gegen den kommunistischen „Schwindel".

Aber dieses Geheul ist nur ein neuer Beweis für die absolute Richtigkeit der von der Kommunistischen Partei angezeigten neuen Linie. Für die Kommunisten ist es ganz und gar nicht ohne Bedeutung, wie die Feinde der Arbeiterklasse auf die von ihnen eingeschlagene Taktik reagieren. Nicht umsonst haben wir wieder und wieder die objektive Bedeutung der Tätigkeit der trotzkistischen Opposition nach dem Verhalten der Imperialisten und Sozialimperialisten aller Länder ihr gegenüber geprüft. Die Tatsache, daß alle Feinde der proletarischen Diktatur und des ersten Arbeiterstaates jedem Auftreten und allen Kundgebungen der trotzkistischen Opposition freudig Beifall zollten, wurde von uns als weiterer Beweis des konterrevolutionären und antiparlamentarischen Charakters dieser Opposition angesehen. Aus dem gleichen Grund können wir das Zähneknirschen, womit die französische Bourgeoisie und ihre Lakaien die neue parlamentarische Taktik der Kommunisten begrüßten, als einen überzeugenden Beweis für die Richtigkeit dieser Taktik bewerten.

Worin besteht nun diese neue Taktik? Im Offenen Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs wird sie folgendermaßen formuliert:

> „Das Zentralkomitee erklärt, daß die Wahltaktik der Kommunistischen Partei durch die proletarische Formel „Klasse gegen Klasse" bestimmt werden muß, die den Losungen der Sozialisten und Radikalen entgegenzusetzen ist. Das Zentralkomitee ersucht erstens alle Parteiorganisationen, sowohl beim ersten wie beim zweiten Wahlgang ihre eigenen Kandidaten den Kandidaten der bürgerlichen Parteien entgegenzusetzen und eine Stimmabgabe der Kommunisten bei den Wahlen für die Radikalen gegen die Rechten nicht zuzulassen; zweitens schlägt es der Sozialistischen Partei die sofortige Gründung eines Arbeiterblocks für den zweiten Wahlgang vor, zwecks Unterstützung der Sozialisten und Kommunisten gegen alle bürgerlichen Kandidaten, und zu dem weiteren Zweck, im gegenseitigen Interesse denjenigen (sozialistischen oder kommunistischen) Kandidaten, der die meisten Aussichten hat, bei den Wahlen durchzukommen, zu unterstützen, unter der Voraussetzung der Annahme eines Minimalprogramms von Arbeiterforderungen seitens der Sozialistischen Partei; drittens erklärt es, daß die Kommunistische Partei sich vorbehält, falls die Sozialistische Partei die Bildung eines Arbeiterblocks ablehnen sollte, proletarische Kandidaten zu unterstützen ohne Rücksicht auf die sozialistischen Führer, die die Geschäfte der Konterrevolution besorgen und sich als Schützer der bürgerlichen Demokratie gegen die Kommunisten aufspielen."

In ihren Angriffen auf diese Taktik führten die Paul Boncouristen den alten, längst abgegriffenen Popanz ins Treffen, eine solche Taktik könne den

Sieg der Vertreter des nationalen Blocks in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen heraufbeschwören. Die Kommunisten haben stets alle Widersprüche innerhalb des bürgerlichen Lagers aufmerksam verfolgt und danach gestrebt, die Differenzen zwischen den einzelnen bürgerlichen Gruppen zur Verstärkung der Position der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus auszunützen. Es versteht sich von selbst, daß auch die Kommunistische Partei Frankreichs im französischen bourgeoisen Lager ebenfalls Abtönungen und Nuancen zu unterscheiden versteht. Gleichzeitig jedoch geht die französische Kommunistische Partei durchaus richtig von dem Grundgedanken aus, daß die französische Bourgeoisie zu einer einheitlichen, fest zusammengeschweißten und gut organisierten Klassenpartei zusammengefaßt ist, und daß der Kampf gegen diese nur in dem Falle von Erfolg begleitet sein kann, wenn die Arbeiterklasse der bürgerlichen Einheitsfront die proletarische Einheitsfront entgegenzusetzen in der Lage ist. Die Kommunisten können nicht übersehen, daß der Linksblock an der Durchführung des Programms Poincarés aktiv mitgearbeitet hat, und daß die Herren Renaudel und Jouhaux diese Regierung in jeder Weise unterstützt haben. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Politik des „nationalen Blocks", die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei richtig als eine organisierte Offensive gegen die Arbeiter und Bauern gekennzeichnet wird, erfordert eine unbarmherzige und rücksichtslose Entlarvung aller Parteien und Gruppen, die, gedeckt durch revolutionäre Phrasen, die Wachsamkeit der proletarischen Massen einschläfern und den Weg bereiten für den Vorstoß des Kriegshetzers Poincaré.

Der Renegat Frossard behauptet, daß die Kommunistische Partei Frankreichs durch diese ihre neue Taktik mit den parlamentarischen Traditionen der Vergangenheit bricht. Das ist richtig. Aber das ist kein Tadel für die französischen Kommunisten, sondern ein Lob. Frankreich war von altersher das klassische Land der parlamentarischen Versumpfung. Dieser Versumpfung fiel auch die proletarische Masse zum Opfer. Nicht ohne Grund hatte gerade in Frankreich der revolutionäre Syndikalismus, der jede Teilnahme nicht allein am parlamentarischen Kampf, sondern am politischen Kampf überhaupt ablehnte, unter den ehrlichen Proletariern in der Vorkriegszeit solch große Erfolge. Jetzt freilich hat sich das Bild völlig geändert. Alles was an lebendigen und schöpferischen Kräften im französischen Proletariat vorhanden ist, ist in der Kommunistischen Partei Frankreichs vereinigt. Aber auch die Kommunistische Partei Frankreichs war nicht frei von einigen Ueberresten der Vergangenheit hinsichtlich des parlamentarischen Kampfes und des Wahlkampfes — bei allgemeinen sowie bei Nachwahlen — und die parlamentarische Situation schuf häufig günstige Bedingungen für reformistische Abweichungen jeglicher Art. Die parlamentarische Taktik der französischen Kommunistischen Partei ist ihrem Wesen nach eine Kriegserklärung gegen alle Formen der parlamentarischen Versumpfung und des parlamentarischen Schwindels, durch Verschärfung des Kampfes gegen alle parlamentarischen Illusionen und parlamentarischen Vorurteile in den Reihen der Arbeiterklasse. Eben deshalb muß die von der Kommunistischen Partei Frankreichs eingeschlagene Taktik als ein ernster und wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege der richtigen

Anwendung einer revolutionären kommunistischen Taktik auf allen Gebieten und in allen Sphären des Kampfes, einschließlich des parlamentarischen Kampfes, gewertet werden.

Die von der Kommunistischen Partei Frankreichs angenommene neue Taktik ist von größter politischer Bedeutung weit über die Grenzen Frankreichs hinaus. Aehnliche Probleme wie in Frankreich sind durch den Gang der Entwicklung des Klassenkampfes auch der englischen Sektion der Internationale gestellt worden — Stellungnahme zur Arbeiterpartei und ihrer parlamentarischen Taktik. Der kühne, energische Schritt der französischen Kommunisten wird auch den englischen Kommunisten helfen, eine schnelle Lösung der Probleme, vor die sie sich gestellt sehen, zu finden.

Wir haben ausgeführt, daß die vom Zentralkomitee der KPF vorgeschlagene Taktik mit den alten parlamentarischen Traditionen bricht. Aber diese Taktik steht in keiner Weise in Widerspruch zu der Theorie und Praxis der Einheitsfront. Im Gegenteil, das Zentralkomitee geht in seinem Brief von der Notwendigkeit der Schaffung eines machtvollen Arbeiterblocks aus, der in der Lage wäre, den Kampf gegen die vereinigten Kräfte der bürgerlichen Reaktion mit Erfolg aufzunehmen. Jedoch die Kommunisten sagen dabei den Sozialisten klar und deutlich, daß sie zwischen einem Block mit der Bourgeoisie und einem Block mit dem Proletariat wählen müssen, daß es hier keinen Mittelweg geben kann. Den französischen Sozialisten ist freie Wahl gelassen. Sie können Teilnehmer eines Arbeiterblocks — wohlgemerkt, erst im zweiten Wahlgang — nur dann werden, wenn sie den Mut besitzen, alle die Fäden zu zerreißen, die sie mit der Bourgeoisie verbinden und wenn sie es aufgeben, dieser weiterhin zu dienen. Wir wissen, daß die Renaudels und Boncours diesen Weg nicht gehen. Nun, es steht ihnen frei, ihren Weg zu wählen. Die Bedeutung einer klaren parlamentarischen Taktik liegt eben darin, daß sie die sozialistischen und radikalen Schwindler entwaffnet, indem sie deren innerstes Wesen vor den proletarischen Massen enthüllt.

Die neue parlamentarische Taktik macht nur einen Teil des Offenen Briefes aus, womit sich das Zentralkomitee der KPF an die Partei sowie an die gesamte Arbeiterklasse wandte. In diesem Brief werden auch andere Probleme berührt, denen keine geringere politische Bedeutung zukommt. Wir wollen nur auf zwei Punkte dieses wichtigen politischen Dokuments eingehen. Wir denken dabei in erster Linie an die Frage des Verhaltens gegenüber Repressalien und zweitens an die Frage der Selbstkritik.

Wir erinnern uns alle noch deutlich der Tage, als französische Richter gegen Führer der französischen Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften Zuchthausurteile ergehen ließen. Diese Zuchthausurteile verwirrten niemand und setzten niemand in Erstaunen. Wir verstanden alle sehr wohl, daß diese einen integrierenden Bestandteil der bürgerlichen Demokratie in ihrem Kampf gegen die organisierte revolutionäre Bewegung ausmachen. Wir wußten auch sehr wohl, daß unter dem schweren Joch der Repressalien die Kommunistische Partei nicht geschwächt wird, sondern im Gegenteil erstarkt. Was aber viele verwirrte, war ein anderer Umstand, — die Führer der Kommunistischen Partei gingen einer nach dem anderen friedlich und loyal ins Gefängnis, um den

Willen der sich im Richtertalar verbergenden Diener des zum Angriff vorgehenden Kapitals zu erfüllen.

Die Stellungnahme der Kommunisten zur „demokratischen" Gerichtsbarkeit war somit zur Debatte gestellt. Jetzt besitzen wir eine klare Antwort auf diese Frage. Das Zentralkomitee der KPF erkennt seine Taktik gegenüber den Zuchthausurteilen klar und tapfer als verfehlt an. Es verurteilt diesen Fehler nicht nur, sondern es qualifiziert ihn äußerst scharf und erklärt, daß eine freiwillige Unterordnung unter Gerichtsurteile seitens gerichtlich verurteilter aktiver Kommunisten „einer Unterwerfung unter die kapitalistische Gesetzlichkeit gleichkomme". Der Brief des Zentralkomitees erklärt jetzt dieser kapitalistischen Gesetzlichkeit in energischer Weise den Krieg, indem er ihre Klassengrundlage enthüllt und klarlegt.

Das Zentralkomitee der KPF beschränkt sich nicht darauf, seine frühere falsche Politik hinsichtlich der Repressalien der bürgerlichen Gerichte zu kritisieren. Der ganze Brief bildet ein Muster gesunder und kühner Selbstkritik, wie sie sich nur eine Partei leisten kann, die sich ihrer siegessicheren Kraft im Angesicht eines tückischen und hinterhältigen Feindes bewußt ist. Theoretisch haben die kommunistischen Parteien stets den außerordentlichen Wert der Waffe der Selbstkritik anerkannt. Die Verhältnisse haben sie jedoch häufig gehindert, von dieser Waffe in ausreichendem Maße umfassend und geschickt Gebrauch zu machen. Müssen doch die Kommunisten in allen Ländern nicht allein gegen den kapitalistischen Staatsapparat ankämpfen, sondern auch gegen die Sozialdemokratie, die sich auf den Kampf gegen die Kommunisten durch Verleumdung und Insinuation spezialisiert hat. Unter diesen Umständen haben die Kommunisten natürlich die Waffe der Kritik häufiger gegen ihre Feinde angewendet und dabei zeitweilig das Wort Marx' vergessen, daß sich die proletarischen Revolutionen von den bürgerlichen auch dadurch unterscheiden, daß sie „sich ständig selbst kritisieren". Der Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs beweist, daß die französischen Kommunisten sich nicht allein dieser Waffe erinnert haben, sondern daß sie sich ihrer auch mit sicherer Hand zu bedienen wissen, um die Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe zu heben im sich zuspitzenden revolutionären Klassenkampf gegen das zum Angriff vorgehende Kapital und seine Lakaien.

E. VARGA:

AUSLANDSANLEIHEN UND REPARATIONSFRAGE

Wir hatten öfter darauf hingewiesen, daß die Kürze der Konjunkturwellen in Deutschland in der Nachkriegszeit vor allem dem Kapitalmangel zuzuschreiben ist. Durch die ungenügende Versorgung des deutschen Kapitalismus mit produktivem Kapital ergibt sich ein in gewissem Sinne nicht „normaler" Krisentypus. Die Krise entsteht nicht in der Form der Ueberproduktion von Fertigwaren, sondern in der Unmöglichkeit, begonnene Investitionen: Bauten, Fabrikeinrichtungen usw. zu Ende zu führen, weil aus dem Produktenwert der gegebenen Periode kein so großer Teil dem laufen-

den Konsum entzogen werden kann, der zur Beendigung der begonnenen Investitionen nötig wäre. Der Mangel an produktivem Kapital nimmt selbstverständlich die Form des Mangels an Leihkapital an, da jede einzelne kapitalistische Unternehmung bestrebt ist, auf dem Kreditwege sich das fehlende Kapital zu beschaffen.

Der offenbare Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft war es, der neben anderen Anzeichen uns veranlaßte, in unserer letzten Uebersicht der Meinung Ausdruck zu geben, daß die gute Konjunktur nicht von Dauer sein und sich kaum über das Jahr 1927 hinaus fortsetzen wird. Ein neues Moment bildet der starke Zustrom von Auslandskapital, der in den letzten Monaten stattfand. Das Zuströmen von neuem Auslandskapital hat der Konjunktur einen neuen Anstoß gegeben. Folgende Zahlen, die wir einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung" entnehmen, zeigen den Gang der deutschen Emissionstätigkeit im In- und Auslande.

Deutscher Emissionsmarkt im In- und Auslande
(In Millionen Reichsmark)

	Inlandsanleihen	Auslandsanleihen	Kapitalerhöhungs-Anträge	Gründungen von A. G.
			Echter Kapitalbedarf*	
1924 total	176,30	1002,00	66,00	113,88
1925 total	144,60	1241,00	593,76	114,12
1926 total	1366,00	1517,00	1242,66	90,38
Januar 1927 . . .	196,30	20,95	91,95	8,69
Februar	679,70	17,40	81,19	6,90
März	56,00	47,05	188,06	4,44
April	51,00	—	144,26	4,99
Mai	0,70	56,00	139,92	4,29
Juni	2,00	160,70	106,19	25,06
Juli	4,00	434,20	12,85	41,89
August	4,00	124,10	64,90	20,82
September . . .	—	165,60	50,43	5,99
Oktober	—	526,00	—	—

Diese Tabelle zeigt verschiedene, für die Konjunktur charakteristische Momente. Der inländische Kapitalmarkt war seit dem Monat Mai für Anleihen ganz und gar nicht aufnahmefähig. Der Gesamtbetrag der in den letzten sechs Monaten aufgenommenen inländischen Anleihen beträgt knapp 11 Millionen. Parallel mit dem Versagen des inländischen Anleihemarktes geht der rapide Zustrom von ausländischen Anleihen in den letzten sechs Monaten. An Stelle der inländischen Anleihen treten Kapitalerhöhungen: Es ist offenbar, daß der Zins für inländische Anleihen kein genügender Anreiz zur Hergabe von Geldkapital war und die Kapital suchenden Unternehmungen daher genötigt waren, ihren Kapitalbedarf im Wege der Erhöhung des Aktienkapitals zu bewerkstelligen. Diese Erscheinung beweist erstens den starken Kapitalmangel Deutschlands im allgemeinen, zweitens, daß die Konjunktur jene Phase erreicht hat, wo zuschüssiges Kapital nur durch Beteiligung am Profit in Form von Aktienkapital erhältlich ist.

In den ersten fünf Monaten 1927, als der Aufnahme von ausländischen Anleihen starke Hindernisse in den Weg gelegt wurden, wurden kurzfristige, nicht öffentlich aufgelegte ausländische Kredite in großen Massen nach

* Ohne Sacheinlagen und Fusionsaktien

Deutschland hereingenommen. Wie groß diese Summe ist, läßt sich natürlich nicht sicher feststellen. Die vom Statistischen Reichsamt für die erste Hälfte 1927 aufgestellte Zahlungsbilanz Deutschlands* weist ein Saldo von 2,15 Milliarden Mark aus. Da die öffentlich im Ausland aufgelegte Anleihe bloß 328 Millionen ausgemacht hat, würde sich eine Summe von 1,8 Milliarden als anderweitig hereingekommen ergeben. Hiervon weist das Statistische Reichsamt 928 Millionen als Geld- und Devisenabgang bei der Reichsbank aus, 210 Millionen als Bankkredite. Der erstere steckt in dem 941 Millionen betragenden Posten, der als „nicht aufgliederbare Kapitalbewegung" in der Zahlungsbilanz angeführt ist.

Es zeigt sich also, daß der Versuch, die Aufnahme von Auslandsanleihen zu verhindern, erfolglos blieb, weil zur Zeit der Sperre für Auslandsanleihen die deutsche Wirtschaft in großem Maße kurzfristigen Kredit in Anspruch nahm:

> „Die Absperrung von Auslandskapital, die im Dezember verfügt wurde, stellte sich immer mehr als vollkommen erfolglos heraus. Wohl gelang es, Auslandsanleihen sechs Monate lang fast völlig fernzuhalten, aber das Auslandskapital, das auf diese Weise zurückgedrängt werden sollte, kam infolge der nicht aus der Welt geschafften Zinsdifferenz zwischen Deutschland und der Welt durch eine andere Tür dennoch herein, als kurzfristiger Kredit, und zwar in einem Umfang, der selbst diejenigen Stellen, die den Haupteinblick haben mußten, völlig überrascht hat."**

Es kann hier der Gedanke auftauchen, daß, wenn auch der Zustrom von neuem Kapital in den letzten drei Monaten — Anleihen und kurzfristige Kredite zusammen — 1,5 Milliarden Mark überstiegen hat, diese Summe im Vergleich zu dem jährlichen Weltprodukt der deutschen Wirtschaft, das sich um die 50 Milliarden Mark bewegen dürfte, zu klein sei, um eine Fortsetzung der Konjunktur hervorzurufen. Indessen wäre dieser Einwand unseres Erachtens nicht stichhaltig. Die quantitative Beobachtung der kapitalistischen Wirtschaft zeigt, daß das Wertprodukt der höchsten Konjunktur niemals um den fünften Teil größer ist als das Wertprodukt der Krisenphase. Denn obwohl die Produktion einiger Industriezweige: Eisen- und Stahl-, Maschinen- und Bauindustrie in Krisenphasen manchmal bis auf die Hälfte der Produktion der Hochkonjunktur zurückgeht, so gibt es andererseits sehr große Zweige der kapitalistischen Wirtschaft, deren Produktion von dem Gang der Konjunktur nur in sehr geringem Maße beeinflußt wird, z. B. Landwirtschaft, Kohle, Lebensmittelindustrie usw. Wenn wir also ganz roh die Differenz zwischen dem Wertprodukt der Hochkonjunktur und dem Wertprodukt in der Krisenphase im gegenwärtigen Deutschland auf 10 Milliarden Mark schätzen, also vierteljährlich auf 2½ Milliarden — eine Schätzung, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu hoch ist — so ist ein Zustrom von Auslandskapital von über 1,5 Milliarden in einem Vierteljahr groß genug, um eine anhaltende Konjunkturphase zu ermöglichen und den Eintritt der Wirtschaftskrise hinauszuschieben. Dieser Zustrom von Kapital war um so wichtiger, als bei dem anarchischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise und bei der starken Anspannung des Kredits in Deutschland eine Unterbrechung der Kette der sich verflechtenden Zahlungen zur Aus-

* „Wirtschaft und Statistik", Nr. 17, Seite 739.
** „Frankfurter Zeitung" vom 17. August 1927.

lösung einer Kreditkrise und damit zu einem Zusammenbruch der Konjunktur geführt hätte.

Der Außenhandel

Entsprechend der isolierten Hochkonjunktur, dem Kapitalmangel und dessen Milderung durch die Aufnahme großer Auslandskredite, war die Handelsbilanz der letzten Monate stark passiv. Die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes war so groß, daß selbst Waren, an denen Deutschland sonst einen Exportüberschuß hatte, eingeführt wurden.

Außenhandel in Millionen Mark (Gegenwartswert)

	Aug. 1926	März	April	Mai	Juni 1927	Juli	August	Septemb.
Einfuhr	920	1086	1096	1173	1197	1277	1161	1175
Ausfuhr	834	842	797	834	748	891	869	933
Einfuhrüberschuß	86	244	299	339	449	386	292	242

Der Einfuhrüberschuß hat eine fallende Tendenz, aber weniger infolge steigender Ausfuhr, als fallender Einfuhr: beides, soweit sie nicht durch den wechselnden Gang des Zustroms von Auslandskrediten bedingt sind, Symptome der sich verschlechternden inneren Konjunktur. Die Frage, wie die deutsche Industrie ihren Absatz auf dem Weltmarkt erobern wird, ist noch vollkommen unklar. Die deutsche Fertigwarenausfuhr steigt nicht, wie folgende Zusammenstellung zeigt:*

Fertigwarenexport und -import auf Grund der Gegenwartswerte (in Millionen Mark)

Quartal	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
1. Quartal 1925	1530	582	948
2. „ 1925	1590	487	1103
3. „ 1925	1723	498	1225
4. „ 1925	1782	438	1345
1. „ 1926	1819	282	1537
2. „ 1926	1696	293	1403
3. „ 1926	1736	322	1414
4. „ 1926	1746	438	1308
1. „ 1927	1704	486	1218
2. „ 1927	1779	606	1173
3. „ 1927	1956	675	1281

Die Ausfuhr ist seit zwei Jahren — trotz Wechsels der guten und schlechten Konjunktur — im Wesen stationär, während die Einfuhr stark, je nach der Konjunktur schwankt. Auf diesem Wege ist aber eine Möglichkeit, Reparationen aus dem eigenen Wertprodukt zu zahlen, nicht zu erreichen.

Auslandsanleihen und Reparationsfrage

Damit kommen wir zu einem der Grundprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik: wie will sich die deutsche Bourgeoisie zu dem Reparationsproblem einstellen? Ist die deutsche Bourgeoisie gewillt, Reparationen wirklich fortgesetzt zu leisten und auf eine Ermöglichung des Transfers hinzuarbeiten, oder will sie eine Wirtschaftspolitik treiben, die

* „Berliner Tageblatt" vom 10. August 1927.

den Transfer erschweren und die Revision des Dawes-Planes erzwingen soll?

Soweit wir die Absichten der deutschen Bourgeoisie enträtseln können, scheint es, daß eine einheitliche Meinung über diese Frage bisher nicht besteht, daß zwei Strömungen innerhalb der Bourgeoisie miteinander kämpfen: eine für die ökonomische Erschwerung der Durchführung, für eine Erzwingung der Revision durch ein System des ökonomischen Kampfes; eine andere, die vorläufig die Reparationen leisten will und die Revision des Dawes-Planes vor allem von der äußeren politischen Entwicklung erhofft.

Man könnte natürlich glauben, daß für die deutsche Bourgeoisie keinerlei Zweifel darüber bestehen kann, daß sie auf eine Verhinderung des Transfers hinarbeiten soll. Man muß aber bedenken, daß der Mechanismus des Dawes-Paktes den Reparationsagenten und den anderen Kontrollorganen im Falle des Nichtgelingens der Transferierung sehr weitgehende Einmischungsrechte gibt. Wir werden bei anderer Gelegenheit detailliert darüber schreiben. Es ist aber klar, daß es den Kontrollorganen möglich ist, der deutschen Bourgeoisie durch Ausübung aller ihr zustehenden Rechte schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten, falls die Durchführung des Dawes-Planes gefährdet erscheint. Für jene — momentan recht großen — Schichten der deutschen Bourgeoisie, die trotz der Reparationen hohe Profite machen, scheint es zweifelhaft, ob es nicht vorteilhafter sei, die Reparationen ehrlich zu erfüllen, als durch eine Wirtschaftspolitik, die den Beweis der Untragbarkeit oder Untransferierbarkeit der Reparationen erbringen soll, die „Prosperität der Wirtschaft" aufs Spiel zu setzen, sich — bevor eine Revision der Dawes-Lasten eintritt — der Kontrolle der Reparationsmächte auszusetzen, die Stabilität der Währung zu gefährden usw. Andere Schichten sind dagegen der Ansicht, jeder Ausgang sei besser, als eine unbegrenzte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark an Reparationen zu zahlen.

Dieser Gegensatz der Meinungen bestimmt auch zum Teil das Verhalten zu dem Hereinkommen von ausländischem Kapital. Es gibt eine Richtung, die Auslandsanleihen zu „nicht-produktiven" Zwecken, kategorisch verwirft, da ein Hereinströmen ausländischer Kapitalien eine Tendenz zur Inflation, eine „Konjunktur auf Borg" schafft.*

Der Führer dieser „antiinflationistischen" Politik ist zweifellos der Reichsbankpräsident Schacht. Er hat zahlreiche Versuche unternommen, um den Zustrom von Auslandsanleihen zu verhindern, aber mit dem einzigen Ergebnis, daß statt billigerer, langfristiger Auslandsanleihen, teuere, kurzfristige Kredite aufgenommen wurden, daß der Devisenvorrat der Reichsbank zusammenschmolz und daß der Kapitalmangel mit einem jähen Zusammenbruch der Konjunktur drohte. Die Versuche Schachts, durch Herabsetzung des Bankzinsfußes ausländisches Geld fernzuhalten und den Inlands-Kapitalmarkt stärker heranzuziehen, scheiterten vollständig.

* Der Ausdruck: „Konjunktur auf Borg" stammt aus der Zeitungsliteratur, wurde von Schacht in einer Rede Ende Juni aufgegriffen und findet seinen krassesten Ausdruck in den Ausführungen von Lustig auf dem Handelstag, der die ganze Entwicklung des letzten Jahres als einen gefährlichen Abweg bezeichnete.

Er mußte nicht nur den Bankzinsfuß wieder auf 6 Prozent erhöhen, sondern auch den Zinsfuß der neuen Staatsanleihe (da der Kurs auf 85,9 Prozent gefallen war): ein Vorgang, für den es sehr wenige Beispiele in der neueren Finanzgeschichte gibt. . . .

Der Zusammenhang zwischen Auslandsanleihen und Reparationsfrage ist folgender:

„Transferiert darf nur werden, wenn dadurch die Stabilität der Währung nicht gefährdet wird." Je mehr Auslandsanleihen Deutschland aufnimmt, desto mehr Zinsen müssen später transferiert werden. Da der Transfer von Zinsen ein privatwirtschaftlicher Vorgang ist, geht er dem Transfer der Reparationszahlungen naturgemäß voran. Es gibt auch im kapitalistischen System keinerlei Möglichkeit, ein Unternehmen daran zu verhindern, seinen privatwirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Daher: je mehr Auslandsanleihen, desto mehr privater Transfer, desto geringere Aussichten auf Transferierung der Reparationen, desto dringender eine Revision des Dawes-Planes!

Dies bezieht sich selbstverständlich auf die Zukunft: momentan dient die Aufnahme der Auslandsleihen eben zur Ermöglichung jenes ökonomischen Vorganges, den wir „Scheintransfer" genannt haben: Bezahlung der Reparationen im Wege der Vermögensüberfremdung. Die Auslandsanleihen ermöglichen momentan den Transfer, erschweren ihn in der weiteren Zukunft!

Man könnte die zwei Strömungen innerhalb der deutschen Bourgeoisie auch folgendermaßen charakterisieren: die eine Strömung will die gegenwärtige Hochkonjunktur durch Heranziehung von Auslandskapital verlängern mit dem erhofften Nebengewinn, dadurch in der späteren Zeit den Transfer zu verhindern und die Revision des Dawes-Planes zu erzwingen. Die zweite Richtung möchte das Gefüge der deutschen Wirtschaft diesen Gefahren einer Erschütterung durch eine Transferkrise nicht aussetzen, sie macht eine Politik auf längere Sicht und spielt mit dem Gedanken einer „krisenlosen" Revision des Dawes-Planes. Daher ist sie gegen Auslandsanleihen, um den Widerspruch zwischen privaten und Reparations-Transfer nicht zu verschärfen, die Lösung hinauszuschieben. Der Gegensatz in der Reparationsfrage erschwert die Wirtschaftspolitik der deutschen Bourgeoisie außerordentlich.

Was insbesondere die Auslandsanleihen anbelangt, so zeigt das Schicksal der 30 Millionen Dollar-Preußenanleihe, die erst nach einer langen Verzögerung aufgelegt werden durfte, daß auch das amerikanische Schatzamt sich Gedanken über den Widerspruch macht, der infolge des parallelen Anwachsens der Auslandsschulden Deutschlands und seiner Reparationszahlungen entsteht. Die englische Bourgeoisie spricht ihre Befürchtungen ganz offen aus und nimmt gegen die Aufnahme von unproduktiven Auslandsanleihen scharf Stellung. So treten die Schwierigkeiten des Dawes-Planes — trotz der guten Konjunktur in Deutschland, ja teilweise wegen der guten Konjunktur, die einen starken Einfuhrüberschuß verursacht — schärfer zutage. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß Deutschland die Reparationsverpflichtungen ohne Schwierigkeiten leisten oder friedlich, ohne eine scharfe wirtschaftliche und außerpolitische Krise, eine Aenderung des Dawes-Planes erwirken kann.

Seit der Niederschrift dieser Zeilen erfolgte das bekannte Memorandum des Reparationsagenten, das die Frage der Anleihepolitik der deutschen Bourgeoisie mit voller Schärfe aufrollte. Der Reparationsagent beschuldigt die deutsche Regierung, daß ihre Finanzpolitik zu einer Verhinderung des Transfers führt.

Der Gedankengang des Reparationsagenten ist im Wesen folgender:

Durch die Aufnahme von Auslandsanleihen, die in Deutschland unproduktiv verausgabt werden, durch die großzügige Verausgabung von Staatsgeldern entsteht eine künstlich erhöhte Nachfrage nach Waren. Das Inlands-Preisniveau wird in die Höhe getrieben. Dadurch vermindert sich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt. Der Export bleibt hinter dem Import zurück. Es fehlt die Möglichkeit des Transfers, da letzten Endes die Reparationen nur durch den Ueberschuß des Warenexportes bezahlt werden können.

Die Antwort der deutschen Regierung sucht die Behauptungen des Reparationsagenten zu widerlegen, indem sie auf den wachsenden Export von Industriewaren hinweist und die Bedeutung der „unproduktiven" (nicht unmittelbar zu Mehrwertsproduktion dienenden) Anleihen verkleinert.

Daß mit dem Stocken des Zuflusses von Auslandsanleihen Transferschwierigkeiten entstehen werden ist selbstverständlich, und es ist fast ausgeschlossen, daß diese durch Steigerung der deutschen Ausfuhr überwunden werden könnten.

Wenn wir von Kohle, Kali und Stickstoff absehen, kann Deutschland Reparationen nur in Form von Industriewaren bezahlen, zu deren Herstellung es zu einem bedeutenden Teil auf den Import von Rohstoffen angewiesen ist. Um jährlich 2½ Milliarden Goldmark an Reparationen und weitere 500—1000 Millionen an Zinsen des in Deutschland angelegten ausländischen Kapitals bezahlen zu können, braucht Deutschland eine um den ungefähr gleichen Betrag aktive Handelsbilanz. Dies bedeutet, daß die für diesen Export zu importierenden Rohstoffe mit einbezogen, Deutschland um 4—5 Milliarden Mark mehr Industriewaren als bisher ausführen müßte. Der Gesamtexport der Welt an Industriewaren beträgt nach unseren früheren Berechnungen ganz grob 36 Milliarden Goldmark im Jahre. Deutschland müßte sich also entweder den siebenten Teil des bisherigen Absatzes von seinen Konkurrenten erobern: oder es müßte eine allgemeine Steigerung der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes an industriellen Produkten eintreten, um Deutschland diese Ausbreitung seines Exportes zu ermöglichen. Letzteres käme nur bei einem allgemeinen neuen Aufstieg des Kapitalismus in Frage, was wir für ausgeschlossen halten. Seinen Konkurrenten den Absatz wegzunehmen, ist Deutschland durch die sich stetig erhöhenden Zollmauern und durch seine Unfähigkeit, Kapitalexport im größten Stile zu betreiben, verhindert.

Wir müssen aber betonen, daß die Unmöglichkeit des Transfers nicht gleichbedeutend ist mit einem Aufhören des Funktionierens des Reparationsabkommens! Die nicht transferierbaren Summen können im Sinne des Abkommens vom Reparationsagenten in Deutschland selbst zinstragend angelegt werden, und zwar bis zu einer Höchstsumme von 5 Milliarden Goldmark. Da die Naturallieferungen

in der Höhe von 7800 Millionen Mark jährlich sicher geleistet werden müssen, im Sinne des Friedensvertrages; da von dem Export nach England und Frankreich 26 Prozent des Erlöses direkt an die englischen bzw. französischen Behörden gezahlt und daher transferiert werden; da außerdem noch Naturallieferungen an Frankreich und an andere Reparationsempfänger getätigt werden, so würde im schlimmsten Falle, wenn ein Bartransfer von der deutschen Bourgeoisie absolut verhindert werden könnte, sich jährlich eine Summe in der Höhe von 1—1½ Milliarden Goldmark als nicht transferierbar erweisen. Eine Verminderung der Reparationsleistungen Deutschlands im Sinne des Abkommens würde also erst in 4—5 Jahren eintreten. Es kann daher keine Rede davon sein, daß die deutsche Bourgeoisie, wenn sie den Kampf auf der Transfer-Linie aufnimmt, den Reparationsplan vor dem Verlauf von 4—5 Jahren zu Fall bringen könnte.

Der Konflikt zwischen dem Reparationsagenten und der deutschen Regierung beleuchtet die inneren Widersprüche des Reparationsproblems, bedeutet aber vorläufig keine akute Krise des Dawes-Abkommens.

G. A. K. LUHANI:

DIE JÜNGSTE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN LAGE INDIENS

1. Der Prozeß der relativen „Ent-Kolonisierung"

Als Ergebnis der Wirkung der weltökonomischen Kräfte seit dem Abschluß des letzten imperialistischen Krieges haben sich tiefgehende Veränderungen in den Beziehungen zwischen den östlichen Kolonialländern und den imperialistischen Mächten angebahnt. Wir wollen hier diese beginnenden Veränderungen schildern, da sie bereits eine gewisse Reife erreicht haben und als selbständige Faktoren in der politischen und wirtschaftlichen Weltlage zu wirken beginnen. Auf jeden Fall sind ihre Umrisse außerordentlich viel schärfer geworden, und es ist im gegenwärtigen Augenblick möglich, eine exakte politische Formulierung für sie zu finden.

Wir können eine Reihe dieser Veränderungen in bezug auf die Beziehungen zwischen England und der Kolonie Indien feststellen. Diese Veränderungen in ihrer Häufung haben eine wesentliche Bedeutung innerhalb der augenblicklichen politischen Weltlage, trotzdem sie nicht so bekannt geworden sind wie die ähnliche Entwicklung in China im Anschluß an die nationale Revolution.

Zwei Faktoren müssen als Ursache dieser Veränderungen hervorgehoben werden, nämlich der absteigende Kapitalismus in England und der aufsteigende Kapitalismus in Indien. Daß England sich in absteigender kapitalistischer Entwicklung befindet, ist ein Prozeß, der in erster Linie durch organische Mängel veranlaßt wird, in zweiter Linie aber durch äußere Faktoren, unter denen die kapitalistische Entwicklung Indiens bis jetzt eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Auf der anderen Seite findet die kapitalistische Entwicklung Indiens, nachdem sie einmal ihren historischen Entwicklungs-

prozeß bei der Entfaltung der Produktivkräfte begonnen hat, im gleichzeitigen Prozeß des Niederganges des Kapitalismus in England einen Antrieb und ein weiteres Entfaltungsgebiet.

Es ist zu beachten, daß die beiden Prozesse in England und in Indien parallel verlaufen und einander entgegenwirken. Das Ergebnis ihres Parallelismus und ihres Gegeneinanderwirkens ist ein dritter, deutlich wahrnehmbarer Prozeß, nämlich die relative „Ent-Kolonisierung" Indiens. Das ist eine neue und merkwürdige Erscheinung in der Geschichte der Kolonialländer. Wir müssen deren Folgen genau ins Auge fassen und gründlich begreifen, im Interesse einer objektiven Würdigung jener radikalen Neuverteilung der revolutionären Kräfte, die als die weitestgehende der Umwandlungen, die in den letzten Jahren in Indien erfolgt sind, ins Auge fällt.

Wir müssen nachdrücklich betonen, daß die „Entkolonisierung" Indiens in erster Linie die Wirkung des Niedergangs des Kapitalismus in England ist; erst in zweiter Linie ist sie das Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung Indiens. Der Prozeß, in dem Indien die bisher als charakteristisch geltenden Merkmale einer Kolonie abstreift, ist durch die Schwäche des britischen Imperialismus eingeleitet worden und nicht durch die Kraft der indischen Bourgeoisie, obgleich heute die indische Bourgeoisie schon ziemlich erstarkt ist und ihre Lage gegenüber der imperialistischen Macht sichtlich günstiger wird, je weiter der augenblickliche politische Kampf fortschreitet. Indessen hat die Tatsache, daß der Hauptanstoß zur „Ent-Kolonisierung" von der Niedergangsbewegung des englischen Kapitalismus ausgeht, eine außerordentliche Tragweite. Sie erklärt manches über den raschen Aufschwung der indischen Bourgeoisie, das im Augenblick sonst unerklärlich ist. Sie erklärt den andauernd unrevolutionären Charakter des Kampfes, in dem dieser Aufstieg in die politische Geschichte der Welt eingeht.

Die Zeit ist lange vorbei, wo Indien für den britischen Kapitalismus nur eine Fundgrube von Rohmaterialien und ein weites Gebiet zum „Dumping" für die britischen Industrieprodukte war. Dies war die klassische Periode der Kolonisierung, die heute nur noch in den weiter zurückgebliebenen afrikanischen und asiatischen Besitzungen Englands und Frankreichs ihr Dasein fristet. Ihr folgte in Indien die Periode des Exports von Finanzkapital aus England, um die Verwirklichung der offiziellen Politik des britischen Imperialismus, Indien zu industrialisieren, zu stützen. (Dieser Plan wurde im Jahre 1916 gefaßt.)

Wir sind im gegenwärtigen Augenblick Zeugen des Uebergangs von der Periode des Exports von Finanzkapital zu einer neuen Periode. In dieser neuen Periode wird noch immer Finanzkapital exportiert, aber seine Ausfuhr unterliegt in wachsendem Maße dem beschränkenden und wetteifernden Einfluß anderer machtvoller Faktoren. Diese letzteren wirken in der Richtung einer ständigen Abschwächung des Zugriffs des britischen Kapitalismus auf das indische Wirtschaftsleben, und sie bilden so die wirtschaftliche Grundlage dessen, was wir als den Prozeß der „Entkolonisierung" bezeichnen.

Bei einer Untersuchung der Lage ergeben sich drei Momente:

1. Der Export von Finanzkapital aus England wird immer unsicherer wegen der Unbeständigkeit seiner Quelle. Der Export von englischem

Finanzkapital nach Indien erfolgt heute nicht aus dem Ueberschuß eines blühenden kapitalistischen Systems. Das System des britischen Kapitalismus, das in seinen Rohstoffindustrien organisch erkrankt ist, wird durch die mächtige kontinentale und amerikanische Konkurrenz gehemmt. Dies hat unter anderem darin seinen Ausdruck gefunden, daß J. M. Keynes, der bekannte englische Volkswirtschafter, ein offizielles Verbot des Kapitalexports aus England verlangt hat.

Zweitens wird ein zunehmender Teil des englischen Kapitals, das in Indien investiert wird, nicht aus England exportiert. Es ist örtliches Kapital, das britische Firmen, die in Indien arbeiten, akkumuliert haben und das sie — nicht in britischer, sondern in indischer Währung — in indischen Unternehmungen investiert haben. Die Bildung dieser Kapitalien führte zum Entstehen einer örtlichen britischen Bourgeoisie, die aus geschäftlichen Gründen in Indien domiziliert ist und manchmal in Gegensatz zum Londoner Finanzkapital gerät, da sie in gewissen Fällen — trotz der angelsächsischen Empfindlichkeit in bezug auf die Hautfarbe — eine Interessengemeinschaft mit der indischen Bourgeoisie empfindet.

Drittens haben wir die höchst bedeutsame Tatsache festzustellen, daß sich eine mächtige einheimische Kapitalistenklasse in Indien gebildet hat, die mit zäher Entschlossenheit versucht, sich einen immer wachsenden Anteil an der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte in Indien zu sichern.

Genaue und wohlverbürgte Zahlen über die wirtschaftliche Stärke der indischen Kapitalistenklasse sind nirgends zu finden. Aber wir haben einige Daten zur Verfügung, die festzustellen ermöglichen, daß diese Klasse weit stärker ist als allgemein angenommen wird. Die am längsten in Indien bestehende Industrie, die weitausgedehnte Baumwollweberei, die ihr Zentrum in der Umgebung von Bombay hat, ist das Hauptbetätigungsfeld für das einheimische indische Kapital gewesen. Indessen wird behauptet, daß das britische Kapital einige Einfälle in dieses Gebiet gemacht hat. Jedoch ist dem die Tatsache gegenüber zu stellen, daß die Juteindustrie in Bengalen (genauer gesprochen die fabrikmäßige Zurüstung der Roh-Jute), die früher hauptsächlich durch britisches Kapital finanziert wurde, heute bis zu 80 Prozent mit indischem Kapital betrieben wird. In bezug auf das allgemeine Verhältnis zwischen indischem und britischem Kapital kaben wir die Feststellung eines früheren Präsidenten der Bengalischen Handelskammer, Sir William Carey, der in der Handelskommission des Unterhauses die Behauptung aufstellte, daß 50 Prozent des in Indien arbeitenden Kapitals indischen Ursprungs sei, und daß es seit dem Krieg im Verhältnis zum britischen Kapital „stark" zugenommen habe. (Manchester Guardian, 8. 5. 25.) Der Betrag des in Indien investierten britischen Kapitals wird verschieden, und zwar zwischen 750 Millionen und 1 Milliarde Pfund Sterling eingeschätzt. Wenn wir annehmen, daß die niedrigere der beiden Zahlen 40 Prozent des gesamten in Indien arbeitenden Kapitals darstellt, so ergibt sich, daß die ungeheure Summe von 1,125 Millionen Pfund Sterling, d. h. 60 Prozent, das Eigentum der indischen Kapitalistenklasse darstellt (auf der Grundlage der Schätzung des Präsidenten der Bengalischen Handelskammer). Da wir keine genaueren Daten besitzen, muß diese Schätzung

mit einigem Vorbehalt aufgenommen werden. Aber aus einer Reihe anderer mitwirkender Tatsachen wird offenbar, daß, wenn das indische Kapital nicht größer ist als das britische, es diesem unbedingt sehr nahe kommt. Was noch immer den Eindruck der Hegemonie des britischen Kapitals in der indischen Volkswirtschaft hervorruft, ist die Tatsache, daß die britischen Firmen ein besonderes System „geschäftsführender Agenturen" („managing agency") entwickelt und erzwungen haben, wodurch sie noch immer Industriezweige kontrollieren, an deren Finanzierung sie sehr wenig oder gar keinen Anteil haben.

Indessen haben wir in bezug auf den außerordentlich gewachsenen Umfang der Beweglichkeit der kapitalistischen Akkumulation in den Händen indischer Kapitalisten seit dem Weltkrieg überwältigende und eingehende Zeugnisse aus zuverlässigen imperialistischen Quellen. Der Londoner „Economist", 5. März 1927, berichtet, daß „außer der Verminderung der indischen Sterlingschuld infolge direkten Eingreifens der Regierung, private indische Kapitalisten die ausländischen Verbindlichkeiten vermindert haben, indem sie Sterling-Anleihen zurückkauften . . . (die die indische Regierung in London aufgenommen hatte)". In Ausführungen über diese Tendenz des indischen Kapitals, die indische Verschuldung an England zu liquidieren, erklärte die „Times", daß „der Anfang einer Periode festzustellen ist, wo die Inder ihre Ersparnisse nicht mehr im Acker vergraben, sondern sie für produktive Zwecke gebrauchen zum Nutzen der Welt im allgemeinen und Indiens im besonderen". (1. März 27.) Diese Sachlage wird von den imperialistischen Wirtschaftspolitikern nicht nur als Tatsache hingenommen, sondern sogar gefördert, weil, wie der „Economist" vom 3. Juli 1927 feststellt, „das Ergebnis darin bestehen wird, britisches Kapital, das jetzt in Indien investiert ist, zur Verwertung in anderen Ländern freizugeben. . ."

Wir müssen auch die sehr bedeutsame Bewegung indischen Kapitals nach den weniger entwickelten britischen Kolonien wie Kenya und Südafrika feststellen, wo dessen Wettbewerb zu langwierigen politischen Komplikationen mit der imperialistischen Regierung geführt hat. Im Jahre 1925 äußerte kein Geringerer als der Finanzminister der indischen Regierung:

> „Es mag phantastisch klingen . . ., davon zu reden, daß Indien nicht nur seinen gesamten Kapitalbedarf selbst beschafft, sondern sogar Kapital für die Zwecke der Entwicklung anderer Länder ausleiht. . . Die Zeit ist nicht fern, wo Indien beides tun wird."

Aus dieser Vorhersage ergibt sich klar, daß die imperialistischen Autoritäten das bevorstehende Ende der Periode ins Auge fassen, wo Finanzkapital nach Indien exportiert wird und selbst mit dem Beginn der Periode des Kapitalexports aus Indien nach anderen (Kolonial-)Ländern rechnen. Das Ergebnis eines solchen Prozesses in einer „nicht fernen" Zukunft wird sicherlich „phantastisch" sein. Es bedeutet, Mirabile Dictu, das erste imperialistische Auftreten der „kolonialen" indischen Bourgeoisie in — wie die britischen Imperialisten planen — einer besonderen Form untergeordneter Zusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus. Weniger phantastisch gesprochen, bedeutet es die wirtschaftliche Autonomie oder die endgültige „Entkolonisierung" Indiens. Weil ein Land, das „nicht nur

seinen gesamten Kapitalbedarf selbst beschafft, sondern sogar Kapital an andere Länder ausleiht", sicher nicht mehr eine „Kolonie" im ökonomischen Sinn des Wortes ist.

Wir sind heute allerdings noch weit von einem derartigen Zustand der Dinge entfernt, und obgleich die Tendenzen in der Richtung der „Entkolonisierung" sichtlich am Werk sind, gebieten sie doch noch nicht über ein freies Operationsfeld. Einerseits steht der britische Imperialismus mit seinem finanziellen, politischen und militärischen Apparat noch der Herausarbeitung der von ihm abhängigen wirtschaftlichen Kräfte entgegen. Indessen ist er bereits im Begriff, in bewußter und geschickter Weise bei der Aenderung der Situation mitzuwirken. Er versucht, die jüngeren Schichten der indischen Bourgeoisie auf seine Seite zu ziehen und seine eigene Lage durch eine Politik der Konzessionen zu stärken. Dabei hält er hartnäckig an jedem Fußbreit seiner Macht, und wenn je er sich aus einer unhaltbaren Stellung zurückziehen muß, so geschieht es nach einem verzweifelten Rückzugsgefecht.

Die Zusammenarbeit des britischen und indischen Kapitals im Verhältnis wie es oben angenommen wurde, ist die Ursache der raschen Industrialisierung Indiens. Das „Internationale Arbeitsamt", das dem Völkerbund angegliedert ist, betrachtet Indien als eines der acht großen Industrieländer der Welt. Es betonte diese Tatsache, indem es einen Inder zum Präsidenten der „Internationalen Arbeitskonferenz" wählte, die in diesem Jahre in Genf stattgefunden hat. Nach Japan ist Indien das größte Industrieland des Ostens. Seit die Industrialisierung Indiens begonnen hat, ist sie rasch und stetig fortgeschritten trotz der Hemmungen, die die neuere imperialistische Politik ihr aufzuerlegen suchte, um die Kontrolle über die Entwicklung zu behalten. Der Londoner „Economist" sagt am 9. Juli 1927: „Die industrielle Produktion (in Indien) . . . hat sich stärker entwickelt als die einheimische Konsumtionskraft".

Der jährliche Durchschnitt des Kohlenverbrauchs in Indien während der Jahre 1909—1913 war 13 148 000 Tonnen; er erreichte 20 220 000 Tonnen im Jahre 1926. Auch die Metallindustrie zeigt einen starken Fortschritt. Im Jahre 1914 wurden in Indien 235 000 Tonnen Roheisen und 67 000 Tonnen Stahl produziert; im Jahre 1925/26 waren die entsprechenden Zahlen 900 000 bzw. 540 000 Tonnen. In der Baumwollwebindustrie nimmt Indien den fünften Platz in der Weltproduktion ein. Im Jahre 1914 produzierte Indien in seinen Baumwollwebereien 1,164,3 Millionen Yards Gewebe und importierte 3,197,1 Millionen Yards; im Jahre 1926/27 betrug die einheimische Produktion 2,258,7 Millionen gegen 1,787,9 Millionen Yards Import. Die neueste Entwicklung des indischen Kapitalismus geht daraus hervor, daß er eine Handelsflotte gebaut hat, um der britischen Schiffahrt den Küstenhandel im Indischen Ozean abzujagen. Erst kürzlich wurde ein Schiff von 6000 Tonnen Inhalt, das auf einer schottischen Schiffswerft für eine indische Gesellschaft gebaut worden war, vom Stapel gelassen und der Akt des Stapellaufes erhielt politischen Charakter dadurch, daß der frühere Swarajistische Präsident der indischen gesetzgebenden Versammlung an ihr teilnahm.

Die bloße Aufzählung einiger Hauptentwicklungszüge, wie wir sie oben

gegeben haben, zeigt nicht in erschöpfendem Maße die industrielle Entwicklung, die in den letzten Jahren in Indien Platz gegriffen hat, aber sie genügt zur Fundierung des vorliegenden Artikels, der das Tempo und den Charakter der Industrialisierung aufzeigen will. Die indische Bourgeoisie und ihr britischer Seniorpartner in Gestalt der imperialistischen Regierung stehen nun Auge in Auge den Problemen der Zolltarife, der Notenbank und der Währung gegenüber, die uns aus der Geschichte der modernen kapitalistischen Staaten vertraut ist.

2. Die politischen Folgen der „Entkolonisierung"

Es wird allgemein so dargestellt, daß die indische Bourgeoisie „im Schoß des britischen Imperialismus geboren und aufgezogen worden sei". Bevor sie ihren Eintritt in die Welt in dieser außerordentlichen Weise vollzog, war sie durch den Druck historischer Umstände gezwungen, länger als die allgemein übliche Zeit im Mutterschoß der Feudalgesellschaft zu verweilen. Noch in ihrem gegenwärtigen unbeholfenen Kindheitsalter trägt sie die Spuren ihrer Geburt und die Wundmale aus der Zeit vor ihrer Geburt.

Trotz dieser Mängel ist das politische Wachstum der indischen Bourgeoisie nicht unbeträchtlich. Natürlich hat bis jetzt nur die herrschende soziale Schicht erreicht, daß sie die politische Kontrolle des Staates in einer eigentümlichen Form der Scheingemeinschaft mit den Mächten des Imperiums ausübt. Für die Bourgeoisie wäre hierzu unter anderem ein noch entwickelteres Stadium der kapitalistischen Entwicklung notwendig als das gegenwärtige. Aber die Bourgeoisie befindet sich mitten in der Entwicklung.

Ganz besonders in politischer Beziehung kann der relative Charakter der „Entkolonisierung" nicht oft genug betont werden. Der Ausdruck ist mißverständlich, wenn man mehr darin sehen will, als er wirklich bedeutet. Er bedeutet bestimmt nicht die „Entrevolutionierung" Indiens. Ebensowenig bedeutet er eine dauernde Liquidierung der Interessengegensätze zwischen dem britischen Imperialismus und allen sozialen Klassen der indischen Bevölkerung. Vor allem aber bedeutet er nicht den Ausschluß Indiens aus dem Stadium der Revolution Asiens gegen den Imperialismus. Er bedeutet im Gegenteil eine ungeheure Intensivierung der Ausbeutung der proletarischen Massen Indiens in den entwickeltsten kapitalistischen Formen in den großen Städten und die Expropriierung der breiten Bauernmassen im „Hinterland", weil die gebieterische Forderung des fortschreitenden Kapitalismus darin besteht, eine breite bewegliche Reserve an billiger Arbeitskraft und äußerst vermehrter Produktivität des Bodens durch ein System moderner landwirtschaftlicher Methoden zu schaffen, das in seiner kapitalistischen Entwicklung nur auf den Trümmern der augenblicklichen Bauernwirtschaft aufgebaut werden kann. Folglich bedeutet „Entkolonisierung" eine tiefe Störung der sozialen Basis der bestehenden, überwältigenden Mehrheit der 320 Millionen betragenden indischen Bevölkerung und eine ungeheure Konzentration der revolutionären Kräfte, die der mächtige Druck der doppelten Ausbeutung durch einen verzweifelten Imperialismus und einen in der Entwicklung begriffenen einheimischen Kapitalismus entfesselt hat.

Der Prozeß der „Entkolonisierung" entwickelt die Vorbedingungen des

unmittelbaren Umschlagens der nationalen demokratischen Revolution in eine proletarische Revolution.

So zerfallen die politischen Folgeerscheinungen des Prozesses der „Entkolonisierung" in a) „Entrevolutionierung" eines beträchtlichen Teils der Bourgeoisie und deren Uebergang auf die andere Seite der Barrikade und b) den Uebergang der Führung im nationalen revolutionären Kampf an das Proletariat und die unterdrückte Bauernschaft.

Was die indische Bourgeoisie anbetrifft, so sind ihre Interessengegensätze mit dem britischen Imperialismus im Augenblick teilweise ausgeglichen, doch werden sie auf einer neuen Ebene wieder erscheinen. Wie der Ausgleich erreicht wurde, das geht klar aus den Einzelheiten der jüngsten Geschichte der imperialistischen Verhandlungen mit Indien hervor. Die erste politische Konzession an die indische Bourgeoisie erfolgte unter dem Druck des letzten imperialistischen Krieges, als im Jahre 1917 die „fortschreitende Verwirklichung einer verantwortlichen Regierung in Britisch-Indien" als offizielle Politik des britischen Imperialismus festgelegt wurde. Der neueste Schlachtruf dieser Politik ist die Phrase — „die britische Gemeinschaft der Nationen" (British Commonwealth of Nations) —, eine Phrase, die mit höchstem Enthusiasmus von den voraussichtlichen Nachfolgern der gegenwärtigen konservativen englischen Regierung, nämlich den englischen Arbeiterparteileuten, aufgegriffen wurde. Diese Politik gewann Gestalt im ersten Reformgesetz aus dem Jahre 1919 und sieht ihrer weiteren Entwicklung unter dem Einfluß der Königlichen Kommission entgegen*, die jetzt nach den Bestimmungen des ersten Gesetzes eingesetzt werden soll.

Lord Morley, ein früherer Staatssekretär für Indien, hatte von der festen Entschlossenheit des britischen Imperialismus gesprochen, die Einführung der bürgerlichen Demokratie in Indien nicht zuzulassen. Aber der Apparat der bürgerlichen Demokratie in der Gestalt gewählter legislativer Körperschaften hat in Indien bereits längere Zeit hindurch bestanden. Das wichtigste Charakteristikum dieser gesetzgebenden Körperschaften ist nicht, daß sie in ihrer gegenwärtigen Form nur eine sehr geringe Macht ausüben, sondern daß die Macht, die sie ausüben oder ausüben werden, in den Händen von zwei Prozent der Bevölkerung ist, mit anderen Worten, in den Händen der eingeborenen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, die allein das Wahlrecht haben. Die Gesetzgebungsmaschine mitsamt ihren Beschränkungen wird genau wie in anderen Ländern, wo die Bourgeoisie an der Macht ist, in wachsendem Maße dazu benutzt, die Interessen der eingeborenen Kapitalistenklasse zu verstärken und die der arbeitenden Massen zu beschränken. Die finanzielle Organisation des Landes ist, um mit dem Entwicklungsprozeß des Kapitalismus Schritt zu halten, in modernster Weise durchgeführt worden. Eine „Federal Reserve-Bank" zur Ausgabe einer einheitlichen Währung wird eben gegründet. Immer dringlicher wird die Forderung, von der Silbervaluta zur Goldvaluta überzugehen. Eine fiskalische Autonomie — das wichtigste Kennzeichen eines sich entwickelnden kapitalistischen Staates — wird bereits ausgeübt und wird selbst gegen die Interessen der englischen Bourgeoisie vorwärtsgetrieben.

Der indische „Staat" hat — im Gegensatz zu dem Freistaat Irland und

* Die Königliche Kommission für konstitutionelle Reformen ist jetzt ernannt worden.

dem Dominion Kanada noch nicht das Privilegium der diplomatischen auswärtigen Vertretung. Aber Indien wurde bereits durch einen offiziellen Vertreter Mitunterzeichner des Versailler Vertrages, und es hat bei den Zusammenkünften des Völkerbundes seine eigenen Vertreter, — wenn auch diese durch die Regierung des Imperiums ernannt werden und unter deren Kontrolle stehen. Die indischen Handelskammern haben indische Konsularvertreter in fremden Ländern verlangt. In diesem Jahre hat die Regierung des Imperiums eine bedeutsame Konzession gemacht, indem sie der Ernennung eines indischen diplomatischen Vertreters bei der Regierung des Dominions Südafrika zustimmte. So entsprach die untergeordnete Rolle, die Indien bei der englischen Reichskonferenz im vorigen Jahr in London zugewiesen wurde, nicht der tatsächlichen ökonomischen Stärke der indischen Bourgeoisie, wenn sie auch ein genauer Ausdruck ihres Zustandes politischer Abhängigkeit war.

Ein sehr beredter Kommentar zum Prozeß der „Entkolonisierung" wird durch die jüngste Aktion der Vertreter des britischen, in Indien arbeitenden Kapitals geliefert. Die gegenwärtige kapitalistische Entwicklung Indiens ist das Ergebnis der Zusammenarbeit des britischen und des indischen Kapitals in einem gegebenen Verhältnis. So lange der Anteil der indischen Kapitalisten geringer war und so lange sie sich nicht zu einer machtvollen politischen Körperschaft auf der Grundlage ihrer Klasseninteressen entwickelt hatten, hielten sich die Vertreter des englischen Kapitals in Indien von jeder Teilnahme an den politischen Kämpfen Indiens fern, indem sie sich in bezug auf ihre Vorherrschaft auf die sicher funktionierende imperialistische Kontrolle Englands verließen.

Aber jetzt hat sich das Bild geändert. Die britischen Imperialisten mit ihrem größeren politischen Scharfsinn haben die Tatsache dieser Veränderung vielleicht klarer erkannt, als die indische Bourgeoisie, — die selbst der Träger der Veränderung ist. Man möge sich erinnern, daß im Jahre 1924 — d. h., als die erste Arbeiterregierung „im Amt", aber „nicht in der Macht" war — in London ein ziemlich sensationelles Buch mit dem Titel „Das verlorene Dominion" erschien. Das Buch erschien anonym, aber es war klar ersichtlich, daß der Autor zum selben Kreis imperialistischer Publizisten gehört, wie beispielsweise der berühmte „Augur" der „Fortnightly Review". Der Grundgedanke des Buches war, daß das „Dominion" Indien schon so gut wie verloren für die britische Bourgeoisie sei, daß sich eine Lage in Indien ergeben habe, die die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft äußerst ungewiß mache, wenn man nicht dazu übergehe, einer bestimmten sozialen Schicht der Eingeborenen einen immer fortschreitenden Grad von Kontrollrecht zu gewähren. Eine derartige Anschauung war symptomatisch für den imperialistischen Pessimismus in der Epoche, wo der Kapitalismus sich noch nicht von der Depression der Nachkriegszeit erholt und noch nicht in die gegenwärtige Epoche mehr oder weniger relativer Stabilisierung eingetreten war. Und als in England selbst eine gewisse — sogar übertriebene — Panik hinsichtlich der Zukunft des britischen Reiches herrschte, weil die britische Arbeiterpartei an die Macht gelangt war. Seither hat sich eine Aenderung in den imperialistischen Anschauungen über Indien vollzogen — der übertriebene Pessimismus des

Jahres 1924 ist korrigiert worden. Dies wurde möglich durch die Politik der Kompromisse mit der indischen Bourgeoisie. Hierauf stützte sich Lord Birkenhead, der Staatssekretär für Indien, als er im Oberhaus protestierend erklärte, „Indien sei kein verlorenes Dominion". Aber gerade die Tatsache, daß ein Staatssekretär für Indien — selbst wenn er im Grunde ein gewöhnlicher Demagoge ist wie Lord Birkenhead — „allzuviel" protestieren muß, ist ein Anzeichen für den Wechsel, der sich hinsichtlich der indisch-britischen Beziehungen vollzogen hat. Eine ausgeglichenere imperialistische Ansicht über die Lage findet sich in der letzten Nummer der Londoner Zeitschrift „The Round Table"; in der Nummer vom September 1927 lesen wir:

„Die indische Regierung hat sich derart geändert, daß sie fast nicht wieder zu erkennen ist. . . Sie wird sich in der Zukunft noch mehr ändern, sie ist nicht der unparteiische Schiedsrichter über das Geschick Indiens, sondern sie vertritt in außerordentlichem Maße die Meinung einer gewissen Klasse der indischen Bevölkerung. . . Die britische Regierung in Indien hat ihrer Macht in fortschreitendem Maße zugunsten der höheren Mittelklasse entsagt." (Von uns hervorgehoben. L.)

Die indische Bourgeoisie ist eine anerkannte politische Macht geworden, die ihren genau bestimmten Platz in den gleichzeitigen politischen Kämpfen gegen die arbeitenden Massen Indiens einnimmt. Darum haben jetzt, wo die nicht-bürgerlichen sozialen Klassen Indiens einer revolutionären Orientierung entgegengehen und der britische Imperialismus gezwungen ist, seinen Bestand durch eine engere Verbindung mit der indischen Bourgeoisie zu sichern, die Vertreter des britischen Kapitalismus dort zum ersten Male ihre Distanzierung von ihrer indischen Bruderklasse aufgegeben und sie sind mit einem politischen Bündnisanerbieten hervorgetreten.

Im Juli dieses Jahres fand in London eine Versammlung der indischen Sektion der Londoner Handelskammer statt, der über hundert Vertreter (britischer) Firmen und Gesellschaften beiwohnten, die in Indien etabliert sind oder mit Indien Handel treiben. Sie zählten unter sich „1000 Millionen Pfund britischen Kapitals, das in Indien investiert ist". Der Zweck ihrer Versammlung war die Abgabe folgender Erklärung:

„Die englische Geschäftswelt hat soviel Kapital in Indien und im indischen Handel investiert, daß es eine Lebensnotwendigkeit ist, daß sie ihre Rechte wahrnimmt, um alles zu tun, damit in der unsicheren Uebergangsperiode zur Selbstregierung unkluge Maßnahmen vermieden werden, welche nicht nur für Indien, sondern auch für Großbritannien unwiederbringlichen Schaden bringen können. Niemand kann voraussagen, ob die in Aussicht genommene Königliche Kommission für die indische Verfassungsreform irgendwelche weitgehenden Vorschläge machen wird oder nicht, aber jeder wird zugeben, daß mit der zunehmenden Verbreitung westlicher Ideen in Indien einige weitere Reformen und Verbesserungen gefordert werden dürften, und daß selbst einige Wiedergutmachungen wünschenswert sein könnten . . ." „. . . Man sollte einige konstitutionelle Veränderungen ins Auge fassen, unter voller Würdigung sowohl der ökonomischen Fragen, wie derjenigen, die rein politischer Natur sind."

Der Präsident der Europäischen Gesellschaft in Indien stellte bei der Versammlung die Tendenz der indischen „an der Macht befindlichen" Bourgeoisie fest —,

„jede Frage vom Rassenstandpunkt aus anzusehen und einen anti-britischen Standpunkt einzunehmen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen Indiens. Die Drohung einer Absonderung gegenüber den britischen Handelsinteressen ist ernst und

muß ins Auge gefaßt werden, wenn die Zeit gekommen ist, daß die Königliche Kommission zusammentritt. Es ist bereits eine Gesetzesvorlage eingebracht worden, den Küstenhandel Indiens einer rein indischen Handelsflotte vorzubehalten. Die mit der Eisenbahn beförderten Waren in Indien kommen immer mehr unter staatliche Kontrolle."

Angesichts der Gefahr, daß die britischen Interessen in Indien unterwühlt werden, kam die Versammlung zu dem Schluß, daß „eine neue Organisation gebildet werden sollte, die nicht nur britische, sondern auch indische Handelsinteressen umschließt". Die neue Organisation, die „Progressive League" heißen soll, wird

„ . . . nachdrücklich das Prinzip vollkommener und endgültiger Zusammenarbeit zwischen den britischen und den verantwortlichen indischen Körperschaften betonen, deren Interessen identisch sind."

Ferner sollten die britischen Kapitalisten durch die „Progressive League" der indischen Bourgeoisie —

„den positiven Beweis geben, daß die britischen Interessenten bereit sind, mit ihnen zusammenzuarbeiten, mit ihnen eine Organisation zu schaffen und sie vor heimtückischen Flankenangriffen zu schützen."

Das Ziel der Liga wurde schließlich in folgenden Sätzen festgelegt:

„ . . . Das Ziel sollte sein, eine Organisation aufzubauen, die tatsächlich die britischen und indischen Handels- und ähnliche Interessen vertritt, — Handel, Industrie, Finanz, Schiffbau, Grundeigentümer und, nicht zu vergessen, den Landwirt. Auf diese Weise sollten diese verschiedenartigen Interessen zu einer großen verfassungsmäßigen Kraft zusammengefaßt werden, die ihre starke Vertretung in den beiderseitigen Regierungen findet und so einen direkten Einfluß auf die Zukunft Indiens haben wird. So würden die Geschicke Indiens in großem Umfang den Demagogen aus der Hand genommen werden."

In den Verhandlungen dieser bedeutsamen Versammlung finden wir den Höhepunkt von Tendenzen, die schon seit einiger Zeit erkennbar sind und auf die aktive politische Betätigung einer bürgerlichen indo-britischen Koalition hinweisen, zum größeren Ruhm des Kapitalismus im „entkolonisierten" Indien. (Fortsetzung folgt.)

AL. BADULESKU:

DER KAMPF UM DIE MACHT IN RUMÄNIEN

1. Die letzten Ereignisse

Die Ereignisse der letzten Monate sind für das politische Leben Rumäniens und für die künftige Entwicklung der Klassenverhältnisse in diesem Lande von großer Bedeutung. Die Ereignisse im politischen Leben seit Juni 1927 sind: Putsch und Sturz der Regierung Averesku (Volkspartei), Sturz der „neutralen Regierung" Stirbey, teilweise Zersetzung der oppositionellen bürgerlichen Parteien durch Uebertritt ganzer Gruppen zur Liberalen Partei, Parlamentswahlen, welche die faktische Diktatur besiegelten, Tod des Königs Ferdinand und Einsetzung des Regentschaftsrates, endlich die Affäre Manoilesku — Prinz Karl.

Diese Ereignisse, insbesondere die allerletzten, haben das politische Leben derart lebhaft gestaltet, daß das Land sich schon auf dem Wege der „griechischen Verbände", der Verschwörungen und Staatsstreiche befindet. Sowohl die Methoden der Vorkriegsepoche — der automatische Uebergang der Regierung aus den Händen der liberalen in die Hände der konservativen Partei und umgekehrt —, als auch die der Nachkriegsperiode — die Herrschaft der Liberalen und ihrer Strohmänner — haben jetzt aufgehört. Jetzt bleibt nur noch zweierlei übrig: entweder die Festigung der Diktatur der Liberalen (Bratianu resp. sein Nachfolger) für viele Jahre (Bratianu selbst hat bei der letzten Machtübernahme von acht Jahren gesprochen) oder ein rascher Wechsel der Machtinhaber durch Militärputsche und Staatsstreiche.

Was charakterisiert eigentlich die letzten Ereignisse, die Affäre Manoilesku — Prinz Karl, durch welche das monarchistische System aufs Spiel gesetzt wird? Sie bieten äußerlich das folgende Bild:

Verhaftung angesehener bürgerlicher Politiker, gewesener Unterstaatssekretäre, von Präfekten, hohen Offizieren, Hausdurchsuchungen bei Hauptleuten und Obersten wie auch bei Frauen der Elite der Bourgeoisie aus rein politischen Gründen. Bewachung des Prinzen Karl in Frankreich mit Hilfe der französischen, aber auch einer speziellen Abteilung rumänischer Spitzel, Einbruch dieser letzteren in die Wohnung Karls zwecks Aktendiebstahl, systematische und offene Hetze gegen den Prinzen Karl, die den Zweck haben soll, ihn vor den Massen zu kompromittieren und so der oppositionellen Bourgeoisie eine Waffe aus den Händen zu nehmen.

Gleichzeitig wurde die Zeitungszensur wieder eingeführt, die Opposition mußte teilweise zur Illegalität übergehen, sie gab illegale Flugblätter heraus, in den Zeitungen und im Parlament entwickelte sich ein in dieser Heftigkeit noch nie dagewesener Kampf zwischen der Regierung und der noch nicht im formellen Block stehenden Opposition. Während die Opposition die Liberalen „Banditen" nennt, sind die Oppositionellen von der Regierung als Verräter bezeichnet worden, und ihre gegenwärtigen Handlungen werden als „verbrecherische Agitation . . . . ., die die Sicherheit des Landes in Gefahr bringt", hingestellt. Die Regierung ließ vom Parlament ein neues „Gesetz zum Schutze der Monarchie" annehmen, das den Zweck hat, der bürgerlichen Opposition den Mund zu schließen. Dieses Gesetz wird als eine Ergänzung des Gesetzes „zum Schutze des Staates" gegen die Kommunisten betrachtet. Dies und das Verbot des Parteitages der Nationalen Bauernpartei in Alba-Julia (Ortschaft, wo Ende 1918 die Siebenbürgener ihren Anschluß an Rumänien verkündet haben), der am 20. November stattfinden sollte, haben den Kampf innerhalb der Bourgeoisie noch mehr zugespitzt.

2. Die Ursachen des Streites

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der letzten Ereignisse treten die folgenden Ursachen in Erscheinung: Manoilesku — gewesener Unterstaatssekretär in der vorigen Averesku-Regierung — trat mit dem Prinzen Karl, der schon Ende Dezember 1925 abgedankt hat, in Verbindung, erhielt von diesem Briefe für die Führer der politischen Parteien Rumäniens und hatte

die Absicht, eine Bewegung für die Revidierung des Aktes vom 4. Januar 1926 (Annahme der Abdankung Karls durch das Parlament) und Wiedereinsetzen Karls in seine Rechte als Thronfolger einzuleiten. Die Bratianu-Regierung betrachtete dies als eine den Gesetzen widersprechende Aktion und stellte Manoilesku vor das Kriegsgericht. Alle Führer der bürgerlichen Opposition erschienen als Zeugen und Verteidiger, die Offiziere als Richter sprachen den Angeklagten frei, und den Massen wurde bis auf weiteres ein neuer Held geschenkt.

Die wirkliche Ursache der letzten politischen Ereignisse sind aber tiefe Interessengegensätze innerhalb der herrschenden Klassen Rumäniens und auch innerhalb der großen imperialistischen Mächte Europas, welche die Person Karls ausnutzen und zu einer Waffe ihrer Politik machen wollen, was ihnen teilweise schon gelungen ist. Die Liberale Partei, unter der Führung der Brüder Bratianu, ist die Partei der Finanzkapitalisten, die den größten Teil der Ausbeutung des Landes für sich sichern wollen. Die Nachkriegszeit brachte aber mehrere Schichten der herrschenden Klassen in Opposition zur Liberalen Partei. So die erst während und nach dem Kriege reich gewordene Bourgeoisie, die industrielle Bourgeoisie (Ungarn, Deutsche) aus den neu angegliederten Gebieten, die rumänische Mittelbourgeoisie Siebenbürgens, die für ihren Anschluß ans „Mutterland" Rumänien materielle Begünstigungen verlangt, ferner die zu Kapitalisten gewordenen ehemaligen Großgrundbesitzer u. a. m. Mit der liberalen Herrschaft als der Herrschaft des rumänischen Finanzkapitals ist aber auch das ausländische Kapital unzufrieden, das in Rumänien nicht nur einen Absatzmarkt für seine Waren haben, sondern auch die Naturschätze, besonders Petroleum und Holz, als eigenes Eigentum ausbeuten will. Erstens wegen des Profits und zweitens deshalb, weil nur auf dem Wege über die ökonomische Unterwerfung Rumäniens der französische oder der englisch-italienische Imperialismus die politische Unterwerfung Rumäniens erreichen und sich die rumänischen Arbeiter und Bauern als Kanonenfutter für seine imperialistischen Pläne sichern kann.

Dieser Kampf zwischen dem inländischen nationalen Kapital und dem ausländischen Kapital dauert schon seit vielen Jahren, und die vorhin aufgezählten Schichten der rumänischen Bourgeoisie sind dabei auf der Seite des ausländischen Kapitals, weil die Liberale Partei nicht mit den anderen teilen kann und will. Sie kann die neugeborene und neu hinzugekommene Bourgeoisie nicht befriedigen. Diese Unbefriedigten sehen infolgedessen in der Monopolstellung der Liberalen ein Hindernis für ihre Entwicklung und schließen sich den Forderungen des Auslandskapitals an, in der Hoffnung, die Produktionskräfte in Rumänien von der Herrschaft der Liberalen zu befreien und einen größeren Anteil an der Ausbeutung der Naturschätze und des arbeitenden Volkes zu erlangen.

In diesem Kampf hatten die Liberalen den König Ferdinand, der an allen Bank- und Industrieunternehmungen der Liberalen beteiligt war, auf ihrer Seite. Bratianu rechnete mit ihm wie mit einem Mitglied der Liberalen Partei, deren Beschlüsse für alle mit ihr in ökonomischen Beziehungen stehenden Elemente bindend sind. So wurde König Ferdinand zu einem Werkzeug der Liberalen Partei. Die bürgerliche Opposition hoffte zwar

immer, den König für sich zu gewinnen, aber alles blieb vergebens. In dieser Lage eröffnete ihr das Vorhandensein eines leichtsinnigen, abenteuerlichen Prinzen und Thronfolgers neue Aussichten. Karl hatte schon einige Male abgedankt und sich im Jahre 1919 der sozialistischen Partei anschließen wollen. Die bürgerliche Opposition und das ausländische Kapital sammelten sich um diesen hoffnungsvollen Sprößling des Thrones, sie setzten ihre Hoffnungen in ihn, erklärten sich für die Aenderung der Akten vom 4. Januar 1926 (Abdankung) und verbanden damit ihren ganzen Kampf gegen die ökonomische Uebermacht der Liberalen. Die bürgerliche Opposition hat noch nicht den Mut, offen zu verlangen, daß Karl König werden soll. Vorläufig verlangt sie, daß er in den Regentschaftsrat aufgenommen werden soll, was ein Anfang zur Schaffung eines anti-liberalistischen Machtfaktors bedeutet. Prinz Karl ist zu allem bereit und erklärte einer französischen Zeitung sofort nach der Verhaftung Manoileskus: „Ich kann nicht feige sein, wenn die öffentliche Meinung Rumäniens an mich appelliert."

Der „Kampf" der Opposition gegen die Macht Bratianus wird durch das Elend der Volksmassen gefördert. Die Politik des liberalen Finanzkapitals war ein Hindernis für den Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes, und jetzt haben wir ungefähr folgende Lage: Jahrelange schlechte Ernte, Hungersnot in vielen Bauernbezirken, überall Unzufriedenheit mit der Art der Durchführung der Agrarreform, Mangel an Kapital, Wucherzinsen, Ausbleiben von Auslandsanleihen, Zersetzung des Transportnetzes, Fehlen des Getreide-, Holz- und Petroleumexports, Steigen der Steuern, Sinken der Kaufkraft der Volksmassen, Schließung von Industrie- und sonstigen Betrieben, Fehlen der Arbeitslosenunterstützung, Herabsetzung der Löhne, Beamtenentlassungen, Wohnungsmangel, Betrügereien, Banditismus, Unzufriedenheit der nationalen Minderheiten, provinziellen Separatismus, Wahlterror, Auflösung der Arbeitergewerkschaften usw.

Die miserable Lage der Volksmassen soll nach dem Rezept der bürgerlichen (und sozialdemokratischen) Opposition auf „demokratischem" Wege gebessert, das Ausweichen vor dem Kampfe, der ständige Verrat an den Interessen der breiten werktätigen Schichten soll jetzt von dem „Karlismus" abgelöst werden. Um die Massen weiter betrügen zu können, zeigt man ihnen den Prinzen als den einzigen Retter aus dieser Lage. Da aber der Abenteurer-Prinz für das internationale Finanzkapital keine Garantie ist, weil er nur durch den offenen Kampf gegen das rumänische Finanzkapital ans Ruder kommen kann, wird der Sieg des „Karlismus" mit Hilfe der reaktionären Bourgeoisie der Parteien Avereskus und Jorgas und der „demokratischen" Bourgeoisie der Nationalen Bauernpartei, aber auch mit Hilfe des anglo-italienischen Kapitals nichts anderes als eine neue Ausgabe derselben reaktionären Diktatur, die gegenwärtig von der Bratianu-Partei ausgeübt wird, bringen können.

3. Die Haltung der politischen Parteien

Der Interessengegensatz innerhalb der herrschenden Klassen Rumäniens kann nicht offen ausgefochten werden, er verbirgt sich hinter verschiedenen Losungen und Phrasen, die den Zweck haben, die Massen zu täuschen und zu verdummen. Insbesondere wünscht die Liberale Partei nicht, daß offen

gesprochen werde. Ihre Regierung stellt die Frage der Dynastie, der Monarchie, der „höheren" Staatsinteressen an die Spitze. Die Zensur, das Verbot der Versammlungen, die Verhaftungen haben den Zweck, die bürgerliche Opposition einerseits einzuschüchtern, andererseits sie als gesetzwidrig zu kompromittieren. Die ganze Agitation der Opposition wird als Landesverrat bezeichnet, als unverantwortliche, nur den äußeren Feinden dienende Aktion. Als Vaterlandslosigkeit wird jeder Schritt gebrandmarkt, der jetzt gegen die Regierung unternommen wird.

Die Opposition besteht aus zwei Lagern: ein Lager, das die Macht erstrebt, und aus der Volkspartei (Averescu), der Nationalpartei (Jorga) und der Nationalen Bauernpartei (Maniu-Michalake) besteht; das andere Lager, das sich schon heute über den Sturz der Liberalen freut, ist die bürgerliche und sozialistische „Demokratie". Die gesamte Opposition aber fürchtet nicht nur die Massen und ruft sie infolgedessen nicht zu Aktionen auf; sie fürchtet auch eine große Kompromittierung der Monarchie, des monarchistischen Systems und Gedankens. Deshalb schreit die Opposition: Weg mit der Bratianu-Diktatur, weg mit dem Faschismus! Wir wollen Legalität, Freiheit, Gerechtigkeit usw. Selbstverständlich fallen auch schärfere Worte, insbesondere seitens der Nationalen Bauernpartei, die von den breiten Massen der Kleinbourgeoisie und der Bauern vorwärts gestoßen wird. So schrieb zum Beispiel das Organ dieser Partei „Dreptatea" am 16. November über „die Kampfjahre für die Befreiung unseres Arbeitervolkes". Man spricht auch über die Lage in den neuen Provinzen, die „viel schlimmer als unter der Herrschaft Franz Josephs und des Zarismus" ist. Aber das alles ist nur Demagogie. Einstweilen denkt niemand an einen ernsten Kampf, denn der ernste Kampf würde heute viel weiter führen, als die bürgerliche und „demokratische" Opposition es sich vorstellt. Noch am 27. Oktober d. J., d. h. nach Ausbruch der Manoilesku-Affäre, schrieb dasselbe Organ der Nationalen Bauern-Partei: „Europa sitzt auf glühender Asche, wir müssen unsere innere Angelegenheit so rasch wie möglich regeln." Daß dahinter die Hand des englischen Imperialismus steckt und sich die Bemerkung auf den Krieg gegen die Sowjetunion bezieht, daran ist nicht zu zweifeln.

In diesem „demokratischen" Lande Rumänien ist keine einzige Stimme für eine bürgerliche Republik zu hören. Im Gegenteil, die „unabhängige" demokratische Presse, mit „Adeverul" an der Spitze, predigt heute noch „die Verständigung der Liberalen mit der Nationalen Bauernpartei". Den Ton für die reaktionäre bürgerliche Einheitsfront gibt dasselbe „demokratische" Blatt an, das von einem Mitglied der sozialdemokratischen Partei geleitet wird.

4. Einer Pilsudskiade entgegen

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die „Karl-Frage" auf der Tagesordnung des politischen Lebens Rumäniens bleibt, daß der Karlismus heute mehr als gestern populär ist, und daß der Freispruch Manoileskus sowohl für den Prinzen Karl selbst, als auch für die utopischen Politiker der Nationalen Bauernpartei eine Ermutigung bedeutet. Auch besteht kein Zweifel

darüber, daß Bratianu die Zügel nicht aus den Händen gibt, mag auch die Nationale Bauernpartei den Steuerstreik verkünden.

Der ganze heutige Scheinkampf der Opposition gegen das Finanzkapital —und man kann von solchen Parteien keinen anderen Kampf verlangen und erwarten — kann nur dann einen Erfolg haben, wenn zu einem Militärputsch gegriffen wird. Denn eine Beteiligung der Masse am Kampfe wünscht niemand aus dem bürgerlich-demokratischen Lager. Andere Kampfmittel hat die Opposition nicht, denn der eine Machtfaktor, der König, ist nicht mehr. Der Regentschaftsrat hat gegenüber Bratianu keine Macht, er wurde auch nicht für diesen Zweck geschaffen. So besteht niemand, der die Demission Bratianus verfassungsmäßig wirksam verlangen könnte. Selbst wird Bratianu nicht, wie in den vorigen Jahren, demissionieren. Denn er hat doch nicht deshalb Averesku gestürzt, um dann freiwillig auf seine Macht zu verzichten. Die Demission würde für Bratianu bedeuten, entweder jahrelang in der Opposition zu bleiben oder sich sofort an die Vorbereitung eines neuen Militärputsches zu machen. Die Opposition kann für eine solche kapitalistische Partei, wie es die Liberale Partei ist, kein Programm sein. Andererseits kann aber Bratianu seine Macht — was am wahrscheinlichsten ist — durch einige Konzessionen an das ausländische Kapital stärken.

Da aber die Unzufriedenheit der breiten Volksmassen im Steigen ist, bleibt nichts anderes übrig als der Militärputsch der bürgerlichen Opposition, die eine Einheitsfront von den Faschisten bis zu den Sozialdemokraten herstellt. Dieser Militärputsch wird durch die Offiziere aus dem Kleinbürgertum erleichtert und wird als „Karlismus" wie eine Massenbewegung erscheinen. Die Arbeiter- und Bauernmassen werden in diesem Kampf auf keinen Fall auf seiten der Liberalen stehen. Werden sie aber den richtigen Weg gehen und sowohl gegen die Liberalen wie auch gegen die Karlisten aktiv vorgehen? Wird die Arbeiterklasse ihr Klassengesicht zeigen?

In diesem Punkte ist die Lage keineswegs günstig. Zwar wird die Arbeiterklasse nicht einmal Gelegenheit haben, auf der Straße für den „Erlöser" Karl aufzutreten, aber sie wird den Sturz der Liberalen mit großer Begeisterung aufnehmen. Aber auch die aktive Teilnahme (wenn es gegen den Willen der bürgerlichen Opposition zu Straßenaktionen kommt) am Kampfe gegen Bratianu und für den verschleierten Faschismus der Karlisten ist nicht ausgeschlossen, denn der Boden wird dafür in Rumänien seit vielen Jahren gedüngt.

Die Kultivierung der Bezeichnung der liberalen Bourgeoisie als „Oligarchie" oder als „feudale Oligarchie", das Predigen eines „antiliberalen Blocks" nicht nur seitens der „demokratischen" Bourgeoisie, sondern auch seitens der Sozialdemokratie und sogar seitens mancher Kommunisten, schaffen den ideologisch-psychologischen Boden für die Volkstümlichkeit jeder Aktion, die den Sturz der Liberalen bringen kann.

Das Organ der Nationalen Bauernpartei schreibt z. B. von „zwei Welten, die einander nicht verstehen. . . . Einerseits die herrschende Klasse, andererseits die N a t i o n" (Dreptatea, 16. November 1927).

Die rumänischen Sozialdemokraten jubeln schon vor Freude und sehen nichts anderes als den Untergang der Söhne der Liberalen. Sie betrachten den ganzen Kampf als „eine oligarchische Zänkerei" und bemerken, daß es eine einzige Demokratie gebe, und das sei die Nationale Bauernpartei. Die Sozialdemokraten Rumäniens sind für den Parlamentarismus der Westländer, der „den Klassen die Möglichkeit gibt, sich an der Regierung zu beteiligen". Zur Frage des Monarchismus in Rumänien haben sie den prinzipiellen Standpunkt: „Die Herren sollen uns in Ruhe lassen!" So endete der Leitartikel des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei („Sozialist" vom 30. Oktober). Aber ein zweiter Artikel derselben Zeitung zeigt deutlich, was für eine Haltung die Sozialdemokraten Rumäniens einnehmen werden, wenn der karlistische Staatsstreich schon eine Tatsache sein wird. Es heißt da: „Die sozialdemokratische Bewegung hat die Pflicht . . ., ihre Reihen sofort wiederherzustellen, und der Regulator des politischen Lebens zu werden. . . ." Das heißt, die Zunge an der Wage zu spielen, mit Bratianu oder mit dem Prinzen Karl zu gehen. Es kommt darauf an, wer mehr gibt, und mehr kann nur der neue Herrscher versprechen.

„Es geht dem Ende zu — rufen jetzt die Sozialdemokraten aus, und die ganze falsche prinzipielle Einstellung „gegen die liberale Oligarchie" schafft die nötige Illusion.

Nur seitens der KP Rumäniens als Ganzes kann keine Gefahr bestehen. Das ZK der KP Rumäniens hat schon vor vielen Monaten zur Frage des Karlismus Stellung genommen und schon während der Parlamentswahlen im Juli d. J. die Parole der „Arbeiter- und Bauernrepublik Rumäniens" ausgegeben.

In der Zeitschrift der KP Rumäniens „Lupta de Klasa" vom Juni 1927 stand folgende Charakterisierung der karlistischen Bewegung:

> „Bei uns kommt die Gefahr vom „Karlismus". Die karlistische Legende kann ein neuer Mythos werden, eine Fahne für das Kleinbürgertum aus Stadt und Land, sie kann einen Teil der Arbeiterschaft irreführen, wenn das Eingreifen des kommunistischen Proletariats sich verspätet. Der Karlismus kann sich zu einer Massenbewegung entwickeln. Indem er eine solche soziale Basis bekommt, hört er auf, eine reine Palastverschwörung zu sein. . . ."

Die KP Rumäniens hat die Parole der aktiven Teilnahme an dieser für die Arbeiterklasse höchst wichtigen politischen Frage gegeben. Aufgabe der KPRum. ist es, die Opposition zu entlarven, die weitere Kompromittierung des Monarchismus zu fördern, die Liberalen nicht zu stärken und den ganzen Kampf weiterzutreiben. Das ist eine ziemlich schwere Aufgabe, aber es muß versucht werden, sie durchzusetzen. Die Schwierigkeit für die KPRum. liegt nicht darin, daß in Rumänien eine „zersplitterte Arbeiterbewegung" vorhanden ist (Inprekorr 111), sondern in der allgemeinen, sowohl ideologischen wie auch organisatorischen Schwäche der Partei.

*

Nachschrift. Der plötzliche Tod Jonel Bratianus wird an der gegenwärtigen politischen Lage nicht viel ändern. Die liberale Partei bleibt dieselbe, denn sie behält auch weiterhin dieselbe ökonomische, finanzielle Macht, wenn sie auch einstweilen keinen anderen großen politischen Tak-

tiker, wie es J. Bratianu war, haben wird. An einer einzigen Stelle wird die Kraft der Liberalen wesentlich geschwächt werden: im Regentschaftsrat, wo der persönliche Einfluß Bratianus sehr groß war. In Verbindung damit wird die oppositionelle Bourgeoisie ermutigt, erscheint für sie die Möglichkeit eines Militärputsches wahrscheinlicher, als es bis jetzt der Fall war. Eine Verschärfung des Terrors wird aber wenigstens vorläufig die liberale Regierung retten können.

R. SONTER:

„DOLLAR-DIPLOMATIE"*

Aus der immer weiter anwachsenden Amerika-Literatur ragt dieses Buch als eines der wenigen wirklich guten hervor. Dadurch, daß die Verfasser ihrer Arbeit eine marxistische Grundlage gegeben haben, sind sie in der Lage, der amerikanischen Dollardiplomatie, d. h im allgemeinen der amerikanischen imperialistischen Außenpolitik, eine gediegene materialistische Grundlage zu geben. Diese Schrift hängt nicht, wie so viele andere Amerika-Bücher, mit abstraktem Geschwätz über „amerikanischen Geist", „amerikanischen Freiheitsbegriff" usw. usw. in der Luft. Folgerichtig beginnt die Schrift mit einem kurzen Abriß über die Entwicklung der Produktion Amerikas, über die Entwicklung seiner auswärtigen Handelsbeziehungen und schließt den ersten mehr einleitenden Teil mit sehr detaillierten Angaben über Umfang und Richtung des amerikanischen Kapitalexportes, wobei natürlich der allmähliche Uebergang Amerikas vom Kapital importierenden Lande zu einem reinen Kapital exportierenden dargestellt wird. Damit ist die Grundlage für die dann folgende breit angelegte Schilderung der Dollardiplomatie selbstverständlich gelegt.

Unter Dollardiplomatie verstehen die Verfasser die amerikanische Außenpolitik, die im Hinblick auf die Notwendigkeiten und auf die Anforderungen des Dollars (d. h. nichts anderes als des amerikanischen Finanzkapitals) von der amerikanischen Regierung geführt wird. Hierbei werden die Verfasser mit Hilfe ausgezeichneten Urmaterials sogar so weit konkret, daß es ihnen gelingt, nicht nur die Notwendigkeiten und die Anforderungen des amerikanischen Finanzkapitals ganz allgemein aufzuzeigen, sondern sogar die der großen Finanzgruppen, ja sogar die einzelner Finanzmagnaten.

Die Schrift hat also zum Hauptinhalt folgende ineinandergreifende Tatsachenreihen: 1. die Schilderung derjenigen Kapitalsgruppen, die sich in den Hauptgebieten des amerikanischen Kapitalexportes eingenistet haben; die Darstellung ihrer Wünsche und ihrer konkreten Anforderungen an die amerikanische Regierung zur weiteren Entwicklung ihrer Geschäfte; 2. die Art und Weise, wie die amerikanische Diplomatie auf diese Interessen reagiert.

Aus diesen beiden ineinander verfilzten Tatsachenreihen ergibt sich die amerikanische Politik gegenüber China, Kanada, den mittelamerikanischen und südamerikanischen Gebieten, den Inselketten rings um den Panamakanal bis hinauf zu den Philippinen als Basis gegenüber China und Japan. Gleichzeitig wird in der Schrift die von Amerika gegenüber Europa auf der Grundlage des zunehmenden Kapitalexportes dorthin und der Verschuldung der europäischen Länder einzuschlagende Politik angedeutet.

Aber einen wesentlichen Teil des Inhaltes der Schrift macht auch die Schilderung der Formen aus, die die Dollardiplomatie diesen Ländern gegenüber ganz konkret eingeschlagen hat. Hier treten, je nachdem, welche anderen imperialistischen Länder an den betreffenden Gebieten interessiert sind, welchen Vorsprung sie eventuell schon in der Durchdringung dieser Gebiete haben, welche Bedeutung politisch und wirtschaftlich das entsprechende Land, welchen Umfang die Kapitalsanlagen haben und annehmen können und schließ-

* Scott Nearing und Joseph Freemann: „Dollar-Diplomatie". Kurt Vowinckel-Verlag — Berlin-Grunewald 1927. 475 Seiten. Uebersetzung aus dem Englischen.

lich, welche militärisch-strategische Bedeutung das in Frage kommende Gebiet für Amerika hat, die verschiedensten Formen des Dollarimperialismus auf. Zum Beispiel nimmt die amerikanische Dollardiplomatie Kanada gegenüber nicht einmal staatlich politische Formen an, beschränkt sich bloß auf eine möglichste Erleichterung für das in Kanada arbeitende Kapital durch innerwirtschaftliche Maßnahmen. Sonst überläßt es dem in Kanada investierten Kapital selbst, sich dort politisch durchzusetzen. Natürlich gilt dies nur ganz allgemein. Denn die Art der Unterstützung ist so flüssig, daß natürlich auch gewisse politische Einmischungen von außen hin und wieder wahrzunehmen sind.

Anders steht es schon mit der Politik zur Unterstützung der amerikanischen Kapitalsinteressen in China. Diese Politik ist — wie mit Dokumenten nachgewiesen wird — direkt durch die ersten amerikanischen Kapitalsgruppen, die in China zu arbeiten anfingen, bestimmt worden. Diese Kapitalsgruppe, an der die Standard Oil umfangreich beteiligt war, veranlaßte die amerikanische Regierung, auf Grund des ersten verunglückten Versuches, eine politische Linie einzuschlagen, die bis heute maßgebend für die amerikanische Politik gegenüber China ist. Die berühmte Politik der offenen Tür in China ist die Konsequenz des ersten erfolglosen Kampfes des amerikanischen Kapitals gegen die in Einflußsphären festgesetzten anderen imperialistischen Kapitalsgruppen. Gegenüber China ist dann, auf Grund einer immer engeren und immer direkteren Unterstützung der dort arbeitenden amerikanischen Finanzgruppen, vom indirekten Druck auf die chinesische Regierung bis zur Entsendung von Schiffen und Truppen, die ganze Skala der typischen imperialistischen Politik angewandt worden.

Noch klarere und reinere militärisch-räuberische Formen nahm dann die Politik Amerikas gegenüber Panama, Nikaragua und Mexiko an. Hier verschmähte man es schon, mit solch erhabenen Phrasen von der „offenen Tür" usw. zu arbeiten. Hier werden entweder auf Grund der Berichte der dortigen amerikanischen Dollar-Interessenten Revolutionen hervorgerufen oder eventuell revolutionäre Stimmungen finanziell unterstützt, Anleihen den entsprechenden Ländern aufgezwungen und mit Hilfe von Kriegsschiffen, Truppenlandungen und Standrecht Regierungen eingesetzt oder abgesetzt, je nachdem, ob sie bereit waren, die von den Finanzmagnaten ausgearbeiteten Bestimmungen anzunehmen oder nicht. Diese Art der Politik wiederholt sich immer wieder, gleichgültig, ob dieses Eingreifen der amerikanischen Regierung durch die Standard Oil gegenüber Mexiko verlangt wird oder auf direkte Veranlassung einer San Domingos Improvement Co. geschieht, die die Ausbeutung, von San Domingo übernommen hatte, oder sei es, wie es bei der Eroberung von Haiti der Fall war, durch die National-City-Bank, die ihre Machtpositionen in Haiti weiter ausbauen wollte. Bei Kuba waren es die Zuckerinteressenten, die die kubanische Politik Amerikas veranlaßt haben. Ueberall handelt es sich um dieselben Methoden, die von verschiedenen Kapitalsgruppen veranlaßt worden sind. Die genaue Schilderung der jeweiligen Methoden und die dokumentarische Belegung des Zusammenhanges zwischen der amerikanischen Regierung und der angeführten Finanzgruppen macht den wesentlichen Teil des Inhaltes der Schrift aus. Allgemein kann gesagt werden, daß, je geringer die Machtposition der in Frage kommenden Nationen und je geringer die Machtpositionen anderer imperialistischer Mächte, desto brutaler und unverhüllter das amerikanische Kapital und die amerikanische Regierung auftritt. Dadurch, daß die vorliegende Schrift all die Schurkereien des amerikanischen Finanzkapitals ins politisch-staatliche Gebiet hebt, wird der Eindruck noch tiefer als der, den das sehr bekannt gewordene Buch über die Entstehung der großen amerikanischen Vermögen seinerzeit hervorgerufen hat.

In Verbindung mit der geschilderten Entwicklung der amerikanischen imperialistischen Eroberungspolitik wird dann eine Untersuchung der der amerikanischen Politik zugrunde liegenden Ideologien vorgenommen. Die Politik der offenen Tür als Ideologie der imperialistischen Politik gegenüber China ist schon gestreift worden. Gründlich gehen aber die Verfasser auch noch auf die berühmte Monroe-Doktrin ein. Hier zeigen sie, wie diese, einmal eine revolutionäre Verteidigungsideologie des um seine Unabhängigkeit ringenden neuen amerikanischen Bürgertums, sich in die reaktionäre imperialistische Ideologie wandelt. Weiter zeigen die Verfasser, wie selbst dieser reaktionäre Charakter im Laufe der Zeit noch Wandlungen durchmacht, indem nämlich diese Ideologie in der ersten Zeit nur für Nordamerika Gültigkeit haben sollte, dann sich auf Mittel- und Südamerika ausdehnte entsprechend dem Voranschreiten der amerikanischen Machtpositionen in diesen Ländern. Die Verfasser weisen noch darauf hin, daß weitere Veränderungen in dieser Ideologie sich durch das wachsende Interesse des amerikanischen Kapitals an Persien, der Türkei und Europa vorbereiten.

Die indirekten Folgerungen aus der vorliegenden Schrift sind natürlich sehr zahlreich. Für uns sind hauptsächlich von Bedeutung einmal die Konkretisierung (an Hand von ganz neuem Material) der leninistischen Lehre vom Imperialismus, ferner die praktisch konkrete Widerlegung der Phraseologie der II. Internationale und der Reformisten, die Amerika im allgemeinen als das Land der Demokratie und des Pazifismus hinstellen. (Um den wachsenden Einfluß der Sowjetunion, als des Landes, das der einzige wirkliche antiimperialistische Faktor ist, auf die Arbeiterschaft zu schwächen.) Drittens ist das vorliegende Buch der konkrete Beweis dafür, daß die bürgerliche Demokratie überhaupt im Zeitalter des Imperialismus immer nur die Herrschaftsform der Finanzoligarchie sein kann. Damit ist natürlich auch sofort an dem konkreten Beispiel, das die Verfasser geben, nach den einzigen Mitteln und Kräften die Frage gestellt, die die notwendig imperialistische Politik des Finanzkapitals überwinden können, d. h. die Frage nach der Rolle des Proletariats als des einzigen Kampffaktors gegen den Imperialismus wird letzten Endes aufgerollt.

So bietet die Schrift einen außerordentlich wertvollen Beitrag für die Entfaltung des Kampfes gegen den Imperialismus, die koloniale Unterdrückung und die drohende Kriegsgefahr. Ihre weiteste Verbreitung unter der Arbeiterschaft wird noch besonders deshalb wichtig, weil natürlich das Finanzkapital sehr lebhaftes Interesse daran haben wird, diese Schrift totzuschweigen.

Als Mängel der Schrift seien nur kurz erwähnt: einmal keine scharfe und genaue Formulierung des Begriffes Imperialismus, seine Deutung mehr als eine bestimmte Art von Politik, anstatt als die bestimmte Epoche des Kapitalismus; ferner eine nicht ganz scharfe straffe Anordnung des Stoffes, wodurch gewisse Wiederholungen und ein gewisses Durcheinander erzeugt werden. Dennoch stehen diese Mängel in keinem Verhältnis zu dem großen Werte der vorliegenden Schrift.

Druck: „Peuvag" Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Akt.-Ges., Abteilung Friedrichstadt-Druckerei, Berlin

S O E B E N E R S C H I E N E N

LENIN

SÄMTLICHE WERKE

EINZIGE VOM LENIN-INSTITUT IN MOSKAU AUTORISIERTE AUSGABE

BAND XIII

MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS

KRITISCHE BEMERKUNGEN ÜBER EINE REAKTIONÄRE PHILOSOPHIE

INHALT:

Einleitung. I. Die Erkenntnistheorie des Empiriokritizismus und des dialektischen Materialismus. II. Der dialektische Materialismus und das Ding-an-sich. III. Der dialektische Materialismus und die Metaphysik. IV. Die philosophischen Idealisten als Mitstreiter und Nachfolger der Empiriokritizisten. V. Die neue Revolution in der Naturwissenschaft und der philosophische Idealismus. VI. Empiriokritizismus und historischer Materialismus.

Anhang: 10 Fragen an den Referenten / Zur Frage der Dialektik / Anmerkungen / Namenregister usw.

Das Buch ist eine gründliche Abrechnung mit dem Revisionismus auf dem Gebiete der marxistischen Philosophie. Lenin weist darin nach, daß der sogenannte „Empiriokritizismus" (die mit den Namen Ernst Mach und Richard Avenarius verknüpfte philosophische Richtung, daher auch „Machismus" genannt), der eine gewisse Zeit in einigen marxistisch sein wollenden Kreisen Eingang gefunden hatte, nichts anderes ist, als eine neumodische Spielart des altbekannten philosophischen Idealismus, also letzten Endes eine modernisierte Pfafferei. Aber mehr als das. Wie seinerzeit Friedrich Engels die Polemik gegen Eugen Dühring dazu diente, um die eigenen philosophischen Anschauungen und die von Marx positiv zu entwickeln, so bietet Lenin die Auseinandersetzung mit dem Machismus nur den Anlaß, positiv eine zusammenhängende Darstellung des dialektischen Materialismus, der dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung, wie sie von Marx und Engels begründet wurde, zu geben, und auf unsere Zeit im Zusammenhang mit den Umwälzungen in der Naturwissenschaft anzuwenden.

XXXII und 486 Seiten

Broschiert 6,50 Mark, in englisch Doppelleinen geb. 10,— Mark

Volksausgabe broschiert 5,50 Mark, in Leinen geb. 7,50 Mark

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN-BERLIN SW 48